



Ingar Solty (Hrsg.)

EINE WELT OHNE GEWALT

**PERSPEKTIVEN FRIEDLICHER AUSSENPOLITIK UND
ZIVILE ANSÄTZE DER GLOBALEN KRISENPRÄVENTION**

Mit Beiträgen von Jan van Aken, Karin Kulow, Norman Paech und Wilfried Schreiber

INHALT

Einleitung	2
Jan van Aken Zivile Krisenprävention links denken	5
Wilfried Schreiber Die Friedensfrage und die deutsche Außenpolitik in der Gegenwart	15
Karin Kulow/Norman Paech Rotieren für den Weltfrieden – oder eher doch nicht? Was aus linker Sicht von der sechsten nichtständigen Mitgliedschaft der Bundesrepublik im UN-Sicherheitsrat zu erwarten ist	24
Verzeichnis der Autorinnen und Autoren	32

EINLEITUNG

Die deutsche Bevölkerung befürwortet überwiegend eine friedliche Außenpolitik. Seit 1990 bestätigen Umfragen immer wieder die Ablehnung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr durch bisweilen überwältigende Mehrheiten – unabhängig vom Verlauf existierender Konflikte und trotz anhaltender Feindbildproduktionen in den Medien. Auch Rüstungsexporte werden von einem Großteil der Bevölkerung in Deutschland abgelehnt. Die Logik des Exportweltmeisters verfängt hier nicht. Die Bevölkerung ahnt wohl, dass der Beschäftigungseffekt der Rüstungsindustrie mit konservativ geschätzt 100.000 und maximal 300.000 Arbeitsplätzen gering ist. Außerdem haben entsprechende Kampagnen den Zusammenhang zwischen deutschen Rüstungsexporten (insbesondere von Kleinwaffen) und Fluchtursachen deutlich gemacht. Deutsche Waffen töten im globalen Süden und aus dem globalen Süden flüchten Menschen vor gewalttätigen Konflikten – oft unter westlicher Beteiligung – und staatlichen Repressionen nach Deutschland. Die Organisation von Geflüchteten «Lampedusa in Hamburg» hat es auf den Punkt gebracht: «Wir sind hier, weil ihr unsere Länder zerstört.»

Freilich gehört zu dieser Art von Zerstörung auch die «Freihandelspolitik», die den ärmsten Ländern der Welt Marktöffnungen aufzwingt und den Menschen dort – den Klein- und Subsistenzbauern, den Fischern, den Kleinhändlern – die Lebensgrundlagen entzieht und sie massenhaft in die Arbeitslosigkeit drängt. Zudem ahnen immer mehr Menschen, dass die von der Großen Koalition betriebene Aufrüstungspolitik der Bevölkerung in Deutschland und in anderen Ländern schadet: Denn erstens bindet sie zivile Ressourcen. Mit jedem Panzer, jeder (bewaffnungsfähigen) Drohne, jedem Kriegsschiff fließen Mittel in Zerstörungswerkzeuge, die in den Bereichen Bil-

dung, Rente, Pflege und Gesundheit dringend gebraucht werden. Und zweitens bedeutet Rüstungsproduktion bei uns zugleich immer auch Rüstungsexport: Denn im Grunde werden alle Waffengattungen, die für die Bundeswehr angeschafft werden, auch unmittelbar exportiert. Die Trennung zwischen Bundeswehrwaffen und Exportwaffen existiert nicht. Und weil die Zahl der verweigerten Ausfuhrgenehmigungen verschwindend gering ist, gehören zu dieser Aufrüstungspolitik zwangsläufig auch Menschenrechtsverletzungen, denn exportiert wird im großen Umfang zum Beispiel nach Saudi-Arabien, wo das vom Westen gestützte autoritär-islamistische Regime mit diesen Waffen einen Terrorkrieg gegen die hungernde jemenitische Bevölkerung führt.

Die Mehrheiten gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr, gegen Waffenexporte und gegen den Rüstungswettlauf sind jedoch im deutschen Bundestag nicht repräsentiert. Alle Regierungen seit 1990, egal ob es sich dabei um schwarz-gelbe, rot-grüne oder Große Koalitionen handelte, haben mit einer Salamiaktik versucht, die Grenzen immer weiter zu verschieben und die grundgesetzlich auf die reine Landesverteidigung festgelegte Bundeswehr in immer mehr Kriegseinsätze zu führen. Bis heute sind sich diese Parteien einig, dass Deutschland noch «mehr Verantwortung» im Rahmen von NATO-Missionen und im Bündnis mit den USA übernehmen müsse, das heißt, sie wollen eine Politik fortsetzen und zuspitzen, die seit 2002/03, seit dem Beginn der Kriege in Afghanistan und im Irak, maßgeblich dazu beigetragen hat, den arabischen Raum zu destabilisieren.¹

Eine Bestandsaufnahme findet jedoch nicht statt. Im Weißbuch der Bundesregierung zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr vom Sommer 2016 wird die Auseinan-

dersetzung mit dem größten Auslandseinsatz der Bundeswehr seit 1990, dem Afghanistan-Krieg, nicht geführt. Die Bundesregierung scheut diese, weil man natürlich weiß, dass mehr als eine Million Ziviltote des «Kriegs gegen den Terror» und annähernd zehn Billionen Euro Kriegskosten die Region nicht sicherer, nicht prosperierender, nicht freier gemacht haben, sondern unsicherer, ärmer und auch unfreier. Trotzdem hat sich die Bundesregie-

rung verpflichtet, den Forderungen der USA, stärker aufzurüsten, nachzukommen. Von den geforderten zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes, die in die Aufrüstung fließen

sollen, hat sich die Große Koalition schon einmal auf 1,5 Prozent geeinigt. Das entspricht einer annähernden Verdopplung des Kriegseinsatzs bis 2024. Deutschland hätte dann die höchsten Rüstungsausgaben in Europa.

Von allen im Bundestag vertretenen Parteien ist DIE LINKE die einzige Partei, die diese Entwicklung fundamental ablehnt. Auch die sogenannte Alternative für Deutschland fordert höhere Rüstungsausgaben und mehr Militär. DIE LINKE vertritt demgegenüber die Mehrheit, die mit dem außenpolitischen Kurs seit der «Wiedervereinigung» und insbesondere dem völkerrechtswidrigen Kosovo-Krieg 1999 der damaligen Bundesregierung aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit ihrem Außenminister Joschka Fischer nicht einverstanden ist. Sie hat bis heute konsequent das Grundgesetz verteidigt und gegen die zunehmende Anzahl an Auslandseinsätzen – von Mali über das Horn von Afrika bis nach Syrien – gestimmt.

Wer laut Nein zu einer kriegesrischen und militarisierten Außenpolitik, Nein zu Aufrüstung und Rüstungsexporten sagt, muss aber auch zugleich laut Ja sagen: Ja zu einer alternativen Außen-, Friedens- und Sicherheitspolitik, die mit friedlichen Mitteln arbeitet und konkrete

Schritte hin zu einer anderen Sicherheitspolitik aufzeigt. Die Aufgabe besteht darin, einer wirklichen Friedenspolitik zu einer neuen Handlungsfähigkeit zu verhelfen – eine Handlungsfähigkeit, die den Widerstand gegen Aufrüstung, gegen Feindbildproduktion, gegen Kriegsvorbereitungen verbindet mit einer Politik für eine friedlichere Weltordnung, die der herrschenden Politik der Verantwortungslosigkeit eine wirkliche Verantwortung für den

Frieden und die Sicherheit in der Welt entgegenstellt.

Eine solche Handlungsfähigkeit braucht es zunächst einmal in Bezug auf laufende Konflikte, in denen die Logik des

Die Aufgabe besteht darin, einer wirklichen Friedenspolitik zu einer neuen Handlungsfähigkeit zu verhelfen.

Militärischen dominiert und existente Alternativen nicht ausgeschöpft werden. Mit der vorliegenden Publikation wollen wir als Rosa-Luxemburg-Stiftung einige Antworten geben und Anregungen liefern, wie diese Konflikte gelöst werden können. Sie orientiert sich an einer konkreten Friedenspolitik mit friedlichen Mitteln. Weiterentwickeln ist eine Konfliktbearbeitung, die falsche Gegensätze wie staatlich/nicht staatlich, eskalierend/deeskalierend etc. aufhebt und sich konsequent am Prinzip der Nichtgewaltförmigkeit orientiert, wie Jan van Aken – seine langjährige Arbeit im Deutschen Bundestag reflektierend – in seinem Beitrag fordert.

Jenseits akuter Konflikte, jenseits von Reaktionen auf eine Situation, «in der das Kind schon in den Brunnen gefallen ist», braucht es jedoch auch Konzepte, die das Kind beschützen, damit es erst gar nicht in den Brunnen fällt. Linke Handlungsfähigkeit in dieser Hinsicht bedeutet zum Beispiel, darüber nachzudenken, wie die Gefahr eines Krieges mit der Atomkraft Russland gebannt werden kann, wie die Rüstungsspirale, die sowohl die Bevölkerung in Deutschland als auch in Russland ziviler Ressourcen beraubt, gestoppt werden

kann. Mit anderen Worten: Das Nachdenken muss ernsthaft betrieben werden: Wie kann eine linke Außenpolitik jenseits des so wichtigen wie auch begrenzten Antimilitarismus aussehen? Wie stellen wir uns eine alternative Friedens- und Sicherheitsarchitektur vor? Wie kann der friedliche Austausch zwischen den Völkern gewährleistet werden? Wie kommen wir von der Politik der wechselseitigen Hochrüstung und Eskalation wieder zurück zu einer Politik der Abrüstung und der Deeskalation? Diese Fragen stellt sich Wilfried Schreiber in seinem Beitrag und liefert Anregungen, welche Richtung eine solche Politik einschlagen könnte.

Eine solche Alternativpolitik könnte, wenn sich die Vernunft durchsetzt, auch von Deutschland ausgehen. Selbstverständlich wird die Vernunft stets eingeschränkt von den herrschenden Kräfteverhältnissen und jenen Interessen, die von der gegenwärtigen Außen- und Aufrüstungspolitik profitieren. Dennoch: Linke Handlungsfähigkeit kann eben auch bedeuten, dass die Linke aufzeigt, welche alternativen Forderungen et-

wa an einen ständigen Sitz Deutschlands im UN-Sicherheitsrat geknüpft werden könnten und sollten, wie dies Karin Kulow und Norman Paech in ihrem Beitrag tun. Zweifellos müssten sich die Verhältnisse grundlegend ändern, damit diese Vorschläge wirklich irgendwann die deutsche Außenpolitik repräsentieren. Aber bei diesen Vorschlägen geht es nicht darum, einfach Recht zu behalten und Historikern der Zukunft zu beweisen, dass es auch alternative Vorstellungen in dieser Frage gab. Im Gegenteil: Die Tatsache, dass in der Bevölkerung Mehrheiten für eine solche neue friedensorientierte deutsche Außenpolitik bestehen, nimmt diesen Forderungen ihren utopischen Charakter. Für Linke bedeutet dies, daran zu arbeiten, den wachsenden Widerspruch zwischen der sozialen Frage – der wachsenden sozialen Ungleichheit und der Strukturkrise des Öffentlichen – und den so teuren wie gefährlichen Kriegsvorbereitungen zuzuspitzen.

Ingar Solty

Berlin, November 2018

Jan van Aken

ZIVILE KRISENPRÄVENTION LINKS DENKEN

Als LINKE stehen wir oft vor der Frage, was unsere Alternative zu militärischen Auslandseinsätzen ist. Als Antwort verweisen wir dann gern auf die zivile Konfliktbearbeitung und Krisenprävention. Diese Antwort ist zwar richtig, sehr richtig sogar, macht es sich in der Verkürzung aber zu einfach. Denn zivile Konfliktbearbeitung ist als Konzept nicht per se links, sie kann sogar ganz und gar unpolitisch (und trotzdem richtig) sein. Als LINKE müssen wir uns eine konkretere Vorstellung von einer linken zivilen Konfliktbearbeitung erarbeiten. Dieses Papier beruht auf unseren Erfahrungen in der Bundestagsfraktion der LINKEN, bei denen wir immer wieder in realen politischen Entscheidungsprozessen an die Grenzen unseres theoretischen und praktischen Wissens um die Möglichkeiten und Probleme ziviler Krisenprävention gestoßen sind. Wir haben die Hoffnung, dass sowohl linke Praktiker*innen der Konfliktbearbeitung und Krisenprävention als auch linke Theoretiker*innen diesen Debattenbeitrag aufgreifen und fortentwickeln.

Zwischen Kapitalismuskritik und konkreter Intervention

Zentral für eine links gedachte zivile Krisenprävention ist die Frage, wie grundsätzlich eine Lösung ansetzt, ob kurz- oder langfristig, ob theoretisch oder konkret, ob akut lebensrettend oder perspektivisch weltrevolutionierend. Diese Ansätze müssen in keinem Widerspruch zueinanderstehen, sondern können im besten Fall ein Spannungsfeld bilden, in dem konkrete, reale Schritte von langfristigen Zielen geleitet werden.

Die erforschte und konzeptuelle zivile Krisenprävention beschreibt in der Regel den kon-

kreten Eingriff in einer bedrohlichen Situation. Sie zielt auf die Verhinderung von akuter Gewalt oder auf deren Transformation in eine gewaltfreie Auseinandersetzung. Insofern kümmern sich die meisten Ansätze der zivilen Krisenprävention eben gerade nicht um Konfliktursachen, sondern sind zunächst darauf aus, ihre Folgen zu zivilisieren, sprich gewaltfrei zu halten. Das ist keine Kritik, denn jede Verhinderung von Gewalt, Leid und Tod ist ein Wert an sich, aber so gesehen ist die zivile Krisenprävention eben kein linkes Konzept – wir können es aber dazu machen.

Für uns ist das Wort des französischen Sozialisten Jean Jaurès, wonach der Kapitalismus den Krieg in sich trägt wie die Wolke den Regen, zentraler Ausgangspunkt unserer Überlegungen. Solange Mensch und Natur ausgebeutet werden und solange es die Anhäufung privater Reichtümer gibt, so lange werden Konflikte um Einflussphären, Ressourcen und Reichtümer auch gewalttätig ausgetragen werden. Deshalb ist es auch richtig zu sagen, dass jede konkrete Intervention in einen gewalttätigen Konflikt unter den heutigen Bedingungen immer zu kurz springt, wenn sie nicht die bestehenden Macht- und Ausbeutungsverhältnisse berücksichtigt. Wenn linke Friedenspolitik mehr sein will als eine etwas konsequentere Ablehnung von militärischer Interessensdurchsetzung, dann fällt unter Krisenprävention auch die Aufgabe, für mehr globale Gerechtigkeit einzutreten.

Es wäre jetzt aber ein fataler Fehler, sich von dieser Erkenntnis lähmen zu lassen und jedwede praktische Initiative zur friedlichen Lösung von Konflikten deshalb als zu kurz gedacht und unnützlich abzutun. Es ist richtig und wichtig, in einer realen Welt mit realen Krie-

gen und Toten auch eine reale Politik anzustreben, die kurzfristig und konkret wirkt. Das reine Verharren auf einer Grundwahrheit – so richtig sie auch immer sein mag – würde allzu oft in eine Handlungsunfähigkeit münden und wenig zu einer positiven Veränderung der realen Verhältnisse beitragen, ob nun kurz- oder langfristig.

Wenn wir hier von Realpolitik schreiben, dann meinen wir damit nicht den klassischen, parlamentarischen, deutschen oder grünen Begriff der Realpolitik. Uns geht es nicht darum, zu bestimmen, wie die Partei DIE LINKE in einer möglichen künftigen Regierungsbeteiligung agieren und welche Kompromisse sie (nicht) eingehen sollte. Realpolitik meint hier radikale linke Politik und Positionsfindung in einer aktuellen Weltlage, als Reaktion auf reale Verhältnisse, ob das nun der Bürgerkrieg im Südsudan, der Atomkonflikt mit dem Iran oder irgendein anderer eskalierender Konflikt ist.

Als Linke müssen wir zivile Alternativen nicht nur fordern, sondern aufzeigen, wo sie ansetzen (präventiv, reaktiv, aktiv), worauf sie abzielen (Verhinderung von Gewalt, Beendigung von Gewalt, Beseitigung der Konfliktsachen), wer die Akteure sind (staatlich, «zivilgesellschaftlich», Bewegungen, Parteien etc.) und inwiefern wir mit ihnen auch eine politische Strategie zur nachhaltigen Überwindung der Verhältnisse verbinden.

Beispiel Iran

Der Konflikt zwischen politischen Grundüberzeugungen und konkreten Friedenslösungen ist allgegenwärtig. Im Atomkonflikt mit dem Iran stellte er sich zum Beispiel bei der Frage der zivilen Nutzung der Atomkraft. Als Linke lehnen wir die aus zwei Gründen ab: zum einen wegen der ökologischen Risiken, zum anderen aber auch, weil jedwedes «zivile Atomprogramm» – egal ob in Deutschland, Israel oder im Iran – immer auch die technischen Vorbedingungen für den Bau von Atombomben schafft. Erst die Schließung des allerletz-

ten AKW weltweit wird die nukleare Weiterverbreitung endgültig stoppen können.

Im Konflikt um sein Atomprogramm hat der Iran sich immer darauf bezogen, dass das Land ein unveräußerliches Recht auf die friedliche Nutzung der Atomkraft hat. So falsch wir das finden mögen, völkerrechtlich gesehen ist das natürlich – leider – vollkommen richtig. Und das Atomabkommen war nur möglich, weil der Westen dieses Recht anerkannt hat.

Das Atomabkommen mit dem Iran war richtig, um eine gewalttätige Austragung des Konfliktes zu verhindern. Allerdings beinhaltet das Abkommen auch eine Zustimmung zum Ausbau des zivilen Atomprogramms im Iran und widerspricht damit unseren Grundüberzeugungen.

Als LINKE Bundestagsfraktion haben wir uns zu diesem Konflikt so verhalten, dass wir in Gesprächen mit der Bundesregierung auf eine Energiewende-Kooperation mit dem Iran (z. B. deutsche Unterstützung beim Ausbau der Solarenergie) gedrängt haben. Das war leider bislang vergeblich, diese Forderung muss aber weiter unsere Leitlinie im Irankonflikt bleiben, wenn wir der Maxime folgen, dass wir uns bei realpolitischen Schritten immer auch von unseren grundlegenden Zielen leiten lassen.

Eskalation als Mittel der zivilen Konfliktbearbeitung

Zivile Krisenprävention zielt nicht auf die Verhinderung von Konflikten – Konflikte sind immer und überall, sie sind nicht das Problem, sondern vielmehr ein wichtiger Motor menschlicher Entwicklung. Sie werden erst dann zum Problem, wenn sie nicht kooperativ und konstruktiv gelöst, sondern im extremsten Fall gewalttätig ausgetragen werden. Insofern wird die Krisenprävention oft auch mit dem Begriff der Deeskalation gleichgesetzt.

Andererseits sind Konflikte meist auch Auseinandersetzungen um die grundlegende Fra-

ge, wie wir leben wollen. Konflikte um Macht, Ressourcen, Einflussphären, letztlich die Systemfrage sind Konfliktlinien, an denen sich die politische Linke orientieren muss. Die Systemkonflikte können zwar eingefroren werden, aber das kann nicht unser Ziel sein. Nur wenn sie ausgetragen werden, können wir das eigentliche Ziel erreichen: die Beseitigung der Konfliktursachen. Aus linker Sicht bedarf

Die Systemkonflikte können zwar eingefroren werden, aber das kann nicht unser Ziel sein. Nur wenn sie ausgetragen werden, können wir das eigentliche Ziel erreichen: die Beseitigung der Konfliktursachen.

es deshalb auch der Eskalation, der Verschärfung bestehender Konflikte, um damit die Überwindung von Ungerechtigkeit und Unterdrückung herauszufordern, aber eben keine gewalttätige, sondern eine politische Verschärfung, die vor allem – und das ist ganz zentral – am Ursprung des Konfliktes ansetzt. Um es am Beispiel Mali konkret zu machen: Ja, es ist richtig und für viele Menschen in Mali überlebenswichtig, den gewalttätigen Konflikt in Mali zu deeskalieren. Aber eine der Ursachen für die Eskalation in Mali liegt auch in den Rohstoffinteressen des reichen Nordens (hier: das französische Interesse an den Uranvorkommen der Region). Hier in Europa sitzen wir eben nicht alle im gleichen Boot und haben das gleiche Interesse an einer friedlichen Lösung in Mali. Hier in Europa muss es Aufgabe der Linken sein, den Konflikt mit den Atomkonzernen zu eskalieren und ihre Macht langfristig zu brechen.

Konflikte lokal deeskalieren, am Ursprungsort eskalieren – das kann ein Ansatz sein, wie sich radikale Realpolitik und grundlegende Kapitalismuskritik gegenseitig leiten können.

Rahmenbedingungen Sicherheit als menschliche Sicherheit definieren

«Satt und sicher» – auf diese Formel werden gern die menschlichen Grundbedürfnisse in bzw. nach Krisensituationen reduziert. Und da ist natürlich etwas dran, denn ohne ausreichende Ernährung und Sicherheit für das eigene Leben werden sich Menschen nicht an einem kooperativen Gesellschaftsaufbau beteiligen (können). Das Problem ist hier allerdings, dass der Begriff der Sicherheit meist auf staatliche Sicherheit und ihre Organe bezogen wird. Sicherheit schaffen durch Polizeiaufbau, Waffenlieferungen oder Militäremissionen – so lässt sich nur argumentieren, wenn man ein sehr eingegengtes und damit aus unserer Sicht von vornherein zum Scheitern verurteiltes Konzept von Sicherheit verfolgt.

Dagegen setzen wir auf den Begriff der «menschlichen Sicherheit» (*human security*), der erst einmal kein per se linker Begriff ist, sondern auch in zwischenstaatlichen Kontexten zunehmend Berücksichtigung findet. So definiert die UN-Generalversammlung die menschliche Sicherheit in ihrer Resolution 66/290 (2012) als «das Recht der Menschen, in Freiheit und Würde zu leben, frei von Armut und Verzweiflung [...] Menschliche Sicherheit berücksichtigt gleichermaßen zivile, politische, ökonomische, soziale und kulturelle Rechte.» Menschliche Sicherheit meint somit auch Sicherheit vor Ausbeutung oder staatlicher Gewalt und kann damit dem herrschenden Sicherheitsbegriff diametral entgegengesetzt stehen.

Was ist zivil?

In der Diskussion um die zivile Krisenprävention gibt es sehr unterschiedliche Verständnisse des Begriffes zivil. In der einfachsten Version wird zivil lediglich als nicht-militärisch verstanden. So zählt die Bundesregierung auch Polizeieinsätze und polizeiliche Ausbil-

dungsmissionen grundsätzlich zu den zivilen Maßnahmen.

Das ist problematisch, denn in vielen Gesellschaften sind Polizeieinheiten Quelle menschlicher Unsicherheit oder im Extremfall kaum unterscheidbar vom Militär. Das gilt gerade in Nachkriegsgesellschaften, in denen oft ehemalige Milizionäre in Polizeiuniformen gesteckt werden (als Teil einer «Demobilisierung») und dort mit gleichem Habitus und Machtanspruch wie zuvor unterdrückerisch agieren. Südsudan ist ein Land, wo wir dies mit eigenen Augen beobachten konnten. Ein anderes Beispiel ist Afghanistan, wo über viele Jahre die – vom Westen ausgebildete und ausgerüstete – Polizei im Kampf gegen die Taliban quasi militärisch agiert hat. Auch jenseits solcher Extremsituationen gehört aus unserer Sicht Polizeiarbeit in vielen Ländern nicht unter die Begrifflichkeit zivile Krisenprävention subsummiert. Man denke zum Beispiel an den Einsatz paramilitärischer Einheiten ähnlich der Guardia Civil oder der Gendarmerie.

Andererseits denken wir nicht, dass jedwede Form von polizeilichen Maßnahmen immer schlecht sein muss oder dem Prinzip der zivilen Krisenprävention grundlegend widerspricht. Es ist ein bisschen zu kurz gedacht, auch in Deutschland Polizeiarbeit nur mit Übergriffen wie beim G20-Gipfel in Hamburg gleichzusetzen. Auch in einem demokratischen Sozialismus (wie auch immer der aussehen wird und wann auch immer der kommt) wird es sinnvolle polizeiliche Arbeit geben, die zur menschlichen Sicherheit beitragen kann. Zivil als generell nicht-staatlich zu definieren, wäre damit auch nicht richtig. Für uns ist deshalb das Zivile in der zivilen Krisenprävention definiert als gewaltfrei – Polizeien sind demzufolge dann von dieser Definition ausgeschlossen, wenn sie Teil eines Unterdrückungsapparates oder Bürgerkrieges sind.

Manche Akteure in der Debatte um internationale Politik beziehen den Begriff der zivilen Krisenprävention zudem ausschließlich auf die

sogenannte Zivilgesellschaft. Das finden wir problematisch, weil dieser Begriff gleichermaßen zu eng und zu weit gefasst sein kann. Der englische Begriff der *civil society organisation* ist in diesem Kontext ursprünglich von progressiven Kräften als Abgrenzung zur *non-governmental organisation* geprägt worden, weil sich zunehmend auch Industrieverbände als NGOs bezeichnet haben, was formal ja auch nicht ganz falsch ist. Auch die Vereinten Nationen bezeichnen heute die Zivilgesellschaft als «Dritten Sektor» neben Regierung und Business.

Das ist erst einmal fortschrittlich, aber aus der Sicht der zivilen Krisenprävention muss der Ausschluss des Business-Sektors nicht immer richtig sein. So spielte in Tunesien die Dialoggruppe, die 2015 den Friedensnobelpreis bekam, nach dem Arabischen Frühling eine sehr wichtige Rolle in der Transformation des Landes. In ihr waren Gewerkschaften und Industrieverbände gleichermaßen vertreten.

Andererseits gibt es auch sogenannte zivile Organisationen, die nur als verlängerter Arm der Regierung agieren, als Vorfeldorganisationen einer Regierungspartei zum Beispiel. Aus unserer Sicht taugt deshalb die Frage der Staatlichkeit oder Nichtstaatlichkeit nicht als Kriterium für die Definition der zivilen Krisenprävention, sondern einzig und allein die Gewaltfreiheit.

Akteure der zivilen Krisenprävention

Bei der Frage, wer in einen Prozess der Konfliktlösung eingebunden werden sollte, müssen wir unseren Blick unbedingt weiten, und zwar in mehrere Richtungen. So ist ein erster Reflex in Konflikten, die bereits gewalttätig sind, sich auf die Gruppen zu beziehen, die an den Gewalttätigkeiten unmittelbar beteiligt sind. Kurz gesagt: Wer eine Waffe hat, wird zu den Verhandlungen eingeladen. Das greift aber erstens zu kurz und ist zweitens hochgefährlich. Es greift zu kurz, weil eine dauerhafte Lösung natürlich nur mit allen Be-

Um die Kinder- und Sklavenarbeit auf den Kakaoplantagen in Westafrika als eine Ursache für gewalttätige Auseinandersetzungen in der Region zu bekämpfen, müssen wir eben auch Milka und Mars als Akteure in den Blick nehmen.

troffenen gefunden werden kann. Und betroffen sind nun einmal auch die Menschen, die nicht mit der Waffe in der Hand kämpfen. Und es ist gefährlich, denn es begünstigt eine Kultur der Gewalt. Wer am Ende mitbestimmen möchte, muss sich quasi bewaffnen, um einen Platz am Verhandlungstisch zu bekommen.

Vor allem aber müssen wir den Blick auf die Ursprungsorte von Konflikten ausweiten und nicht nur den Austragungsort der Gewalt im Blick haben. Wie oben bereits ausgeführt, muss eine links gedachte zivile Krisenprävention auch auf die Beseitigung von Konfliktursachen abzielen, und diese finden sich nur allzu oft direkt bei uns vor der Haustür und eben nicht in Mali oder Afghanistan. Um die Kinder- und Sklavenarbeit auf den Kakaoplantagen in Westafrika als eine Ursache für gewalttätige Auseinandersetzungen in der Region zu bekämpfen, müssen wir eben auch Milka und Mars als Akteure in den Blick nehmen.

Zivile Konfliktbearbeitung von innen und von außen

Wir denken zivile Konfliktbearbeitung in der Regel als ein Eingreifen von außen. Tatsächlich sind es meist nicht die internationalen, sondern die einheimischen Akteure, die den allergrößten Teil der Arbeit leisten. Und das ist auch richtig so, denn viele Konflikte sind lokal begründet und lassen sich dementsprechend auch vor allem lokal lösen. Dafür allerdings bedarf es einer intimen Kenntnis der lokalen Situation, die internationalen Akteuren oft fehlt. Ein großes Problem liegt darin, dass ein Großteil der theoretischen und praktischen Expertise für eine zivile Konfliktbearbeitung in den Metropolen des Nordens konzentriert ist und

deshalb viele solche Projekte von dort aus angeschlossen, geleitet und durchgeführt werden. Deshalb ist es eine dringende Aufgabe, entsprechende Kapazitäten in den konfliktreicheren Regionen aufzubauen, und zwar in großer Anzahl. Die Linksfraktion im Bundestag hat vorgeschlagen, eigene Universitäten für die Ausbildung von Friedensfachkräften in Afrika und Asien aufzubauen, um dort jährlich Tausende Menschen für Einsätze in ihrer Region – nicht zwangsläufig in ihrem eigenen Land, aber in der Region – auszubilden. Die Kosten würden sicherlich nur einen Bruchteil dessen betragen, was die heutigen Auslandseinsätze an Mitteln verschlingen.

Andererseits gibt es auch viele lokale Situationen, in denen Akteure von außen sinnvoll eingesetzt werden können. Ein Beispiel schilderte uns eine Organisation des zivilen Friedensdienstes im Südsudan. Im aktuellen Bürgerkrieg dort werden viele Frauen von Milizionären vergewaltigt, wenn sie das Dorf verlassen, um Holz zu holen. Kein Holz zu holen ist für sie aber auch keine Option, wenn sie und ihre Familien nicht verhungern wollen. Eine Lösung bestand tatsächlich darin, dass die Frauen beim Holzholen von internationalen (weißen) Frauen begleitet wurden. Ihre bloße Anwesenheit suggerierte internationale Beobachtung und reichte aus, die Milizionäre von Angriffen abzuhalten.

Und selbstverständlich spielen internationale Akteure im größeren Rahmen, etwa bei der Vermittlung von nationalen bzw. regionalen Waffenstillständen oder Friedensschlüssen, eine große Rolle, weil lokale oder innerstaatliche Akteure in diesen Verhandlungen nicht neutral sind bzw. nicht als neutral wahrgenommen werden können.

«Do no harm!»

Der erste Hauptsatz der zivilen Krisenprävention lautet: «Do no harm» (richte keinen Schaden an). Und das ist mit einer langen Zeitperspektive gedacht. Bei allen Eingriffen der zivilen Krisenprävention muss die langfristige Konsequenz des jetzigen Handelns im Vordergrund stehen. Das hört sich logisch und klar an, führt aber bei akuten Problemen schnell zu Zielkonflikten und schmerzhaften Entscheidungen, wenn beispielsweise eine kurzfristige Konfliktlösung machbar wäre, aber nur mit Maßnahmen, die langfristig die Gewalt eher noch weiter eskalieren lassen.

Ein Beispiel hatten wir oben schon genannt: In einem gewalttätigen Konflikt ist es naheliegend, nur die kämpfenden Parteien mit an den Verhandlungstisch zu holen, um einen Waffenstillstand zu erreichen. Diese Logik reproduziert aber die Kultur der Gewalt, da sich alle, die die Nachkriegsordnung mitbestimmen wollen, nach dieser Logik bewaffnen müssten.

Es gibt keinen «One-size-fits-all-Ansatz»

Die Frage ist natürlich, was all das jetzt konkret heißt. Was sollten wir in diesem oder jenen Konflikt tun, was sollte die LINKE fordern? Diese Frage lässt sich immer nur konkret beantworten, denn es gibt nicht die eine Zauberformel oder den einen allumfassenden Ansatz der zivilen Krisenprävention, mit denen Konflikte angegangen werden können. Wir glauben fest daran, dass es in jedem Konflikt Möglichkeiten gibt, mit zivilen Mitteln eine Gewaltspirale zu stoppen. Aber welche Möglichkeiten das genau sind, dafür bedarf es einer sehr genauen Analyse der jeweiligen Situation und darauf abgestimmte Maßnahmen, um wirklich erfolgreich sein zu können.

Beispiel Südsudan

Kurz vor der Gründung des neuen Staates waren wir Ende 2010 mit einer Delegation der Linksfraktion im Südsudan, um uns ein Bild

von der Lage vor Ort zu machen. Sehr schnell kristallisierte sich heraus, dass gar nicht – wie weltweit befürchtet – der alte Nord-Süd-Konflikt das größte Gewaltpotenzial in sich trug, sondern Spannungen innerhalb des Südsudan. Schon damals war absehbar, dass sich gewalttätige Konflikte bis hin zu einem Bürgerkrieg entwickeln könnten. Hintergrund sind zum einen die Gewalterfahrungen nach vielen Jahrzehnten des Bürgerkriegs, die dazu führten, dass die Schwelle zur Anwendung von Gewalt in der gesamten Gesellschaft sehr niedrig lag – und das in einer Gesellschaft, in der praktisch jeder Haushalt über Schusswaffen verfügt. Hinzu kommen viele alte Konflikte, die schon seit jeher ein enormes Konfliktpotenzial in sich bergen. Fast alle Konflikte im Sudan sind lokal verwurzelt, ihre Ursachen sind vielfältig: Armut, begrenzter Zugang zu Ressourcen, Konflikte zwischen ansässigen Bauern und Vieh haltenden Nomaden, Patronage und ethnische Spannungen.

In dieser Situation wäre es eine sinnvolle Strategie gewesen, mit einer großen Anzahl von Mediator*innen in der Breite der Gesellschaft entstehende lokale Konflikte frühzeitig zu entschärfen. Wir haben uns im Südsudan mit verschiedenen NGOs aus dem Bereich der Friedensmediation getroffen und viele Beispiele gehört, wie etwa harte Konflikte um Weideflächen und Wasser kooperativ mit Mitteln der zivilen Krisenprävention gelöst werden konnten – ganz ohne Militär und Gewalt.

Zivile und gewaltfreie Konfliktbearbeitung in einem Umfeld, das von alltäglicher Gewalt auf allen gesellschaftlichen Ebenen geprägt ist, ist schwierig. Schnelle Erfolge sind nicht zu erwarten, die Transformation einer militarisierten Gesellschaft ist eine langfristige Aufgabe. Dennoch gibt es eine Vielzahl von sudanesischen und internationalen Organisationen, die sich dafür einsetzen, gewaltfreie Formen der Konfliktprävention und -bewältigung als Alternative zur Gewalt zu etablieren. Sie arbeiten unter höchst schwierigen Bedingungen.

So hat ein Mitarbeiter des zivilen Friedensdienstes fünf Jahre in einem kleinen Dorf in den Nuba-Bergen gelebt und dort ein vertrauensvolles Verhältnis zur Dorfgemeinschaft aufgebaut – eine wesentliche Voraussetzung für jegliche Zusammenarbeit. Nach und nach konnte er durch Gespräche mit den Dorfautoritäten und den verschiedenen ethnischen Gruppen dazu beitragen, dass gewaltfreie Konzepte der Konfliktbearbeitung entwickelt und Konflikte gelöst wurden, bevor sie weiter eskalierten und gewalttätig wurden.

In vielen Gemeinden existieren Konflikte schon seit Langem: etwa zwischen unterschiedlichen, aber auch innerhalb von bestimmten ethnischen Gruppen, häufig um Land, Vieh und existenzielle Ressourcen wie Wasser oder um Macht und Einfluss in der Gemeinde. Oftmals sind traditionelle Konfliktlösungsmechanismen (wie eine Einigung zwischen den Dorfältesten oder Verhandlungen über gemeinsame Landnutzung) in kriegerischen Auseinandersetzungen weitgehend zerstört worden. Hier setzen viele der Organisationen an. Sie versuchen, (ehemals) bestehende gewaltfreie Konfliktlösungsmechanismen zu reanimieren, diese weiterzuentwickeln und ihre Implementierung im staatlichen Gemeinwesen zu unterstützen. Zwei Beispiele:

- Die Organisation Non Violent Peace Force mit Hauptsitz in Brüssel hat langjährige Erfahrung in *peacekeeping* (Friedenserhalt). Eine sudanesishe Organisation hatte sich an Non Violent Peace Force gewandt, als in der unterentwickelten Region Western Equatoria die Gewalt zwischen Viehzüchtern und der ansässigen Bevölkerung über die saisonal auftretenden Konflikte hinaus massiv zunahm. Sie analysierten die Situation vor Ort und stellten eine neue Gewaltdimension in dem bestehenden Konflikt zwischen den Ackerbau betreibenden Mundri und den nomadischen Viehhaltern der Mundari fest. Innerhalb von zwei Mona-

ten gelang es, Vertreter der Mundri und der Mundari an einen Tisch zu bringen. Nach langer Diskussion einigten sich die beiden Gruppen und traten gemeinsam vor ihre Dorfgemeinschaften, um für eine friedliche Koexistenz zu werben. Durchgeführt wurde die Mediation von afrikanischen Fachkräften, die durch Non Violent Peace Force ausgebildet worden waren.

- Die Organisation Reconcile wurde von den Frauen eines Dorfes nach einem ungewöhnlich brutalen Überfall von Männern des Nachbardorfes um Hilfe gebeten. 93 Frauen und Kinder waren bei diesem Überfall getötet worden. Seit Jahrzehnten hatten die Dorfgemeinschaften in Feindschaft nebeneinander gelebt. Immer wieder war es zu Angriffen gekommen, wurden Vieh, Kinder und Frauen gestohlen. Mithilfe von Reconcile gelang es in einem mehr als ein Jahr dauernden Prozess, die Frauen beider Dörfer zusammenzubringen und eine Versöhnung der ehemals verfeindeten Dorfgemeinschaften zu erreichen.

Anhand dieser Beispiele wird eines deutlich: Zivile Krisenprävention im Südsudan muss in der Fläche und lokal ansetzen. Dafür würde es Hunderte oder Tausende von ausgebildeten Fachkräften brauchen. Tatsächlich waren damals gerade mal fünf (in Zahlen: 5) Friedensfachkräfte im Auftrag der Bundesregierung im Sudan tätig, und sie wurden aus Kostengründen exakt in dem Moment aus dem Land abgezogen, als sie am meisten benötigt wurden. Für Situationen wie die im Südsudan bedarf es der von uns vorgeschlagenen Mediations-Universitäten, um überhaupt das benötigte Fachpersonal ausbilden zu können.

Beispiel Kurdistan – Waffen für die Peschmerga?

Eine völlig andere Ausgangslage und entsprechend ganz unterschiedliche Ansätze für eine zivile Intervention lagen 2014 in Irak und Syrien vor. Damals entschied die Bundesregie-

rung, die kurdischen Peschmerga im Nordirak mit Waffen aufzurüsten und durch die Bundeswehr ausbilden zu lassen, vorgeblich für den Kampf gegen den sogenannten Islamischen Staat (Daesh).

Daesh griff damals auch Kobanê an, einer der drei Kantone Rojawas im Norden Syriens, wo kurdische Kräfte seit 2013 eine Art Rätedemokratie aufgebaut haben. Unsere Solidarität galt damals Rojava und entsprechend gab es eine sehr kontroverse Debatte auch in der LINKEN, ob denn Waffenlieferungen für die progressiven Kräfte in Nordsyrien nicht sinnvoll seien. Aber diese Debatte war ebenfalls von einem einseitigen militärischen Blick ge-

schmerga aufrüste oder indem ich die Aufrüstung von Daesh verhindere? Letzteres hätte allerdings vermutlich einen Konflikt mit dem Erdoğan-Regime bedeutet, den die Bundesregierung offenbar vermeiden wollte. Die Waffenlieferung war insofern ein (schlechter) Ersatz für eine viel sinnvollere und effektivere politische Handlungsoption. – Gleiches gilt auch für die Geldströme zur Unterstützung von Daesh. 2014 flossen immer noch Spendengelder in Millionenhöhe aus den arabischen Staaten an islamistische Gruppen in Syrien. Wir selbst mussten aber bei Gesprächen mit Regierungsvertretern in Katar feststellen, dass die deutsche

Botschaft in Katar keinerlei Anstrengungen unternommen hatte, Geldflüsse über die islamischen Stiftungen aus dem Golfstaat nach Syrien zu stoppen. Die deutsche Botschaft wusste noch

Das Beispiel Waffenlieferungen für die Peschmerga macht deutlich, wie sehr deutsche Außenpolitik heute von militärischem Denken geprägt ist.

prägt. Auch wenn wir es richtig fanden, dass sich die Kurd*innen mit der Waffe in der Hand gegen die Menschenfeinde von Daesh verteidigt haben, bleibt die Frage: Welche Maßnahmen hätte eine deutsche Bundesregierung in der akuten Situation vom September 2014 am besten ergreifen können, um die kurdische Sache effektiv zu unterstützen? Zwei davon haben wir als zentral identifiziert – vor allem, weil sie eben nicht erst langfristig Wirkung gezeigt hätten, sondern sehr schnell zu einer Veränderung der Kräfteverhältnisse vor Ort hätten beitragen können:

– Aufbau internationalen Drucks gegenüber der AKP-Regierung in der Türkei, die zu dem Zeitpunkt die Grenzen zwischen der Türkei und den Daesh-Gebieten in Nordsyrien komplett geöffnet hatte. Nacht für Nacht konnten internationale Kämpfer für Daesh samt Waffen über die Türkei ins Kriegsgebiet reisen. Die Frage lautete also: Wie verschiebe ich als Bundesregierung das Gleichgewicht der Kräfte? Indem ich die Pe-

nicht einmal, wer in Katar für diese Fragen zuständig war. Als Erklärung dafür, warum Deutschland sich dort – trotz einschlägiger UN-Resolutionen zur Verhinderung der Geldflüsse an Daesh – gar nicht engagiert hat, hieß es später lapidar von Abgeordneten der CDU: Da könne man in Katar nichts machen, denn die besäßen große Anteile an VW-Aktien. Darauf müsse man Rücksicht nehmen. Auch hier wieder das gleiche Muster: Obwohl es eine sinnvollere zivile Eingriffsmöglichkeit gegeben hätte, hat sich am Ende das Militärische durchgesetzt, weil die politischen Kosten ziviler Maßnahmen gescheut wurden.

Das Beispiel Waffenlieferungen für die Peschmerga macht deutlich, wie sehr deutsche Außenpolitik heute von militärischem Denken geprägt ist. Bei außenpolitischen Problemen wird zuerst die Frage gestellt, wie es sich militärisch lösen lässt. Das erinnert an ein altes asiatisches Sprichwort: Für den Mann mit dem Hammer sieht jedes Problem wie ein Nagel

aus. Unser Ansatz einer internationalen Politik muss sich komplett von dieser militärischen Logik lösen und Krisensituationen wie die in Kobanê mit einem weiter reichenden Blick analysieren und dann ergebnisoffen alle möglichen Lösungen gegeneinander abwägen.

Wandel durch Annäherung

Manchmal, wie zum Beispiel in Saudi-Arabien, wird es kurz- oder mittelfristig keine Möglichkeiten geben, Konflikte zu entschärfen oder Menschen in akuten Situationen vor Tod und Folter zu bewahren. In Saudi-Arabien zum Beispiel kann es nur darum gehen, die progressiven Kräfte im Land in ihrem Kampf um Demokratie und Menschenrechte zu unterstützen und durch einen langfristigen Prozess die Machtverhältnisse im Land zu ändern. Der Begriff «Wandel durch Annäherung» passt hier ganz gut, auch wenn er sicherlich nicht nur positiv konnotiert ist, weil er für die Durchsetzung kapitalistischer Interessen im Kalten Krieg stand. Aber das Prinzip ist durchaus richtig: langfristig denken und durch eine immer stärkere Durchdringung einer undemokratischen Gesellschaft mit von uns positiv besetzten Werten eine langfristige Änderung unterstützen.

Oft wird uns ein solcher Ansatz nicht gefallen, weil in diesem langsamen Prozess viele Menschen leiden müssen oder weil kurzfristig erst einmal die «Bösen» gewinnen, wie zum Beispiel in Syrien. Als der politische Konflikt in Syrien in einen Bürgerkrieg mündete, haben wir (ja, auch wir!) gehofft, dies könnte das Ende der Ära Assad sein. Aber es war ein großer Fehler des Westens, der arabischen Länder und der Türkei, diesen Bürgerkrieg mit Geld und Waffen immer weiter anzuhetzen, um Assad wegzubekommen. Aus den Erfahrungen in Afghanistan, Irak, Libyen und jetzt Syrien wissen wir, dass eine neue, bessere Gesellschaftsform nicht durch eine gewalttätige Intervention von außen befördert werden kann. Im Gegenteil: Die Menschen im Land

sind bald nur noch Opfer eines Stellvertreterkrieges, mit ganz furchtbaren Folgen. Selbstverständlich hätte die Alternative im Fall Syriens bedeutet, dass Assad den Widerstand im Land schnell erstickt hätte, mit grausamen Folgen für alle Regimegegner*innen. Das ist eine Lösung, die uns ganz und gar nicht gefallen kann. Aber wenn die Reformkräfte in einem Land nicht stark genug sind für eine Umwälzung der Machtverhältnisse, dann ist das leider Ausdruck des realen Kräfteverhältnisses in diesem Land. Das kostet unter Umständen vielen Menschen das Leben. Aber die gewalttätige Intervention in Syrien von außen wird noch viel mehr Menschen das Leben kosten. Während Sie das hier lesen, sterben Menschen in saudischen Folterknästen – eine furchtbare Tatsache. Und jede friedliche Art der Intervention von außen ist notgedrungen sehr langsam und kann diesen Menschen nicht mehr das Leben retten. Aber die Alternative wäre eine gewaltsame Einmischung von außen, so wie in Syrien, Libyen, Irak und vielen anderen Ländern, und die führt direkt ins Verderben.

Friedensmacht Deutschland - Mischen wir uns ein!

DIE LINKE muss alle Überlegungen zu einer zivilen Krisenprävention in einen größeren Rahmen einbetten, denn die Prävention oder Lösung von akuten Krisen ist nur ein Teil einer breiter gefassten Friedenspolitik und kein Ersatz dafür.

Eines vorweg: Ja, wir wollen uns international einmischen. Friedenspolitik kann nicht Rückbesinnung auf das Nationale heißen, nicht einfach nur eine Absage an Waffenlieferungen und Bundeswehreinmärsche. Sich nicht militärisch einzumischen ist eben nicht gleichbedeutend damit, Menschen in Not alleinzulassen. Im Gegenteil, wir wollen und werden uns immer engagieren, wenn Menschen von Armut, Ungerechtigkeit oder Gewalt bedroht sind. Aber lassen wir uns nicht auf das falsche

Terrain führen, lassen wir uns nicht ein auf das falsche Gegensatzpaar militärische Intervention oder Nichtstun.

Unser zentraler Bezugsrahmen dabei ist die Gewaltfreiheit in den internationalen Beziehungen, unsere erste Forderung ist deshalb auch, jegliche Art von Gewaltexport einzustellen, das heißt keine Waffenexporte, keine Militärmisionen, aber beispielsweise auch keine internationalen Handelsabkommen, die Gewalt gegen Menschen nach sich ziehen.

Eine linke Friedenspolitik heißt, Deutschland langfristig als reine Friedensmacht zu etablieren.

Aus der herrschenden Politik kommt dann immer der Einwand, dass Deutschland sich damit international komplett isolieren würde, was kompletter Unsinn ist. Japan ist da ein gutes Beispiel. Bis vor wenigen Jahren hat das Land weder Waffen exportiert noch Soldaten in Auslandseinsätze geschickt. Es galt tatsächlich über 40 Jahre ein komplettes Waffenexportverbot, in einer Zeit, als Japan ökonomisch mit zu den erfolgreichsten Ländern der Welt gehörte. Macht kommt eben nicht mehr nur aus Gewehrläufen, im Gegenteil. Einer der Gründe für das außerordentlich positive Image, das Deutschland immer noch weltweit besitzt, liegt sicherlich in der militärischen Zurückhaltung bis in die 1990er Jahre und in der als weniger brachial, weniger interessensgeleitet und weniger kolonial empfundenen (!!!) deutschen Außenpolitik.

Für eine linke Friedenspolitik heißt das, Deutschland langfristig als reine Friedensmacht zu etablieren: völliger Verzicht auf Gewaltexport, aber gleichzeitig bei eskalierenden Konflikten und Krisen zivil eingreifen, auch mit langfristigen Maßnahmen wie der Ausbildung von Friedensfachkräften weltweit.

Kernpunkte

- Eine links gedachte zivile Krisenprävention ist immer auch der Kampf um eine gerechte Welt – eine Politik, die auf Wohlstand und Überwindung von Ungleichheit und Unterdrückung ausgerichtet ist.
- Kurzfristige Realpolitik und der Kampf um eine gerechtere Welt müssen kein Widerspruch sein. Konkrete reale Schritte zur Lösung eines Konfliktes müssen sich daran messen lassen, ob sie langfristig zur Überwindung der Ursprungskonflikte beitragen können oder nicht.
- Zivile Krisenprävention heißt nicht nur Deeskalation am Ort der Gewalt, sondern kann auch gewaltfreie Eskalation eines Konfliktes an dessen Ursprungsort sein.
- Unser Ausgangspunkt ist der Begriff der menschlichen Sicherheit, unser Bezugsrahmen sind die Bedürfnisse und Forderungen der Bevölkerung im jeweiligen Land. Wir müssen uns weder auf die Seite der einen noch der anderen Kriegspartei oder Großmacht stellen, vielmehr muss es immer darum gehen, das Leid der Bevölkerung zu lindern und uns für die Interessen jener Kräfte stark zu machen, die sich für einen gewaltfreien und emanzipativen Weg einsetzen.
- Das Zivile an der Krisenprävention ist das Gewaltfreie. Das Kriterium nicht-staatlich oder nicht-militärisch ist unzureichend.
- Jeder Konflikt hat je unterschiedliche Lösungsmöglichkeiten, die meist nicht übertragbar sind. Aber da zivile Konfliktbearbeitung häufig viel effektiver ist, wenn die Initiative und die Akteure nicht von außen kommen, ist eine unserer sehr realpolitischen Forderungen, dass die Bundesregierung die Ausbildung von 1.000 internationalen Friedensfachkräften finanziert und ihren Einsatz weltweit unterstützt.

1 Vgl. hierzu ausführlich Rosa-Luxemburg-Stiftung/Fraktion DIE LINKE im Bundestag (Hrsg.): Schwarzbuch. Kritisches Handbuch zur Aufrüstung und Einsatzorientierung der Bundeswehr, Berlin 2016.

Wilfried Schreiber

DIE FRIEDENSFRAGE UND DIE DEUTSCHE AUSSENPOLITIK IN DER GEGENWART

Die Friedensfrage ist die Kernfrage jeglicher Außenpolitik. Das gilt generell und universell, seitdem es souveräne Staaten gibt. Für unsere Eltern und Großeltern entsprach es weitgehend sowohl ihrer Lebenserfahrung als auch ihrem Schulwissen, dass sich die Menschheitsgeschichte als eine Geschichte von Kriegen darstellte. Bis weit ins 20. Jahrhundert hinein bewerteten viele Historiker die Leistungen der Staatslenker zumeist an ihren Erfolgen als Heerführer.

Besonders der europäische Kontinent mit seinen zahlreichen Klein- und Einzelstaaten ist in seiner gesamten Geschichte reich an Kriegen. Der Mai des Jahres 2018 erinnerte uns zum Beispiel an den Beginn des Dreißigjährigen Krieges, der vor genau 400 Jahren ganz Mitteleuropa verwüstete. Kriegsgräuelp, Hunger und Seuchen führten zu einem Massensterben, das die Bevölkerungszahl im heutigen Süddeutschland auf bis zu einem Drittel absinken ließ. Dem im Jahr 1648 geschlossenen Westfälischen Frieden zu Münster und Osnabrück gingen sieben Jahre intensive Verhandlungen voraus. Aber dieser Frieden war nicht von Dauer. Es folgten im 18. und 19. Jahrhundert die zahlreichen Hegemonialkriege eines zerrissenen Kontinents sowie die beiden Weltkriege des 20. Jahrhunderts, für die Deutschland die Hauptverantwortung trug.

In Zentraleuropa erleben wir gegenwärtig die längste Friedensperiode der letzten 2.000 Jahre. Als Bestandteil und Ergebnis des europäischen Integrationsprozesses konnte hier über 73 Jahre ein relativ stabiler Frieden bewahrt werden. Dazu gehört auch die Zeit der Blockkonfrontation und des Kalten Krieges. Die daraus gewonnenen Erfahrungen dürfen angesichts der neuen Herausforderungen nicht

verloren gehen und müssen mehr denn je in die aktive Politik einfließen.

Gleichwohl sollten wir uns bewusst sein, dass im gesamten Geschichtsverlauf die Frage von Krieg oder Frieden stets nur von den politischen Führern entschieden wurde. Bis heute ist Außenpolitik lediglich eine Angelegenheit der Regierungen und nicht der Parlamente. Auch im Deutschen Bundestag gibt es keine Grundsatzdebatten zu Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik. Alle Weißbücher zur Sicherheitspolitik der Bundesrepublik sind ausschließlich Regierungsdokumente. Eine Parlamentsdebatte oder gar eine Parlamentsentscheidung darüber hat es nie gegeben. Die Bundeswehr als Parlamentsarmee ist eine Schimäre. Das Abstimmungsrecht des Bundestags über die Auslandseinsätze der Bundeswehr ist äußerst begrenzt und bezieht sich lediglich auf Umfang, Dauer und Einsatzgebiet. Die Einsätze an sich können nur befürwortet oder abgelehnt werden – ohne dass es eine Debatte dazu gibt. Aber selbst diese vage Mitbestimmungsmöglichkeit ist in Europa ein Ausnahmefall, deren Zukunft gegenwärtig völlig offen ist. Auch das europäische Parlament kann keine außen- und sicherheitspolitischen Entscheidungen treffen. Die Stimme der Bürger hat in der parlamentarischen Debatte der Europäischen Union bei der Frage von Krieg und Frieden keine Rechtskraft.

Friedensfrage stellt sich in neuen Dimensionen

Dabei stellt sich die Friedensfrage gegenwärtig in völlig neuen Dimensionen. Mit Beginn des Kernwaffenzeitalters ist die Friedensfrage zur Existenzfrage der Menschheit geworden. Die Hoffnungen auf eine stabile Friedensdivi-

dende nach dem Ende der Blockkonfrontation haben sich nicht erfüllt. Der Prozess der Kernwaffenkontrolle und nuklearen Abrüstung ist ins Stocken geraten. Die Zahl der Kernwaffenmächte hat sich erhöht und eine grundlegende Modernisierung der bestehenden Nuklearwaffen ist im Gange. Eine Fülle sicherheitspolitischer Herausforderungen von hoher Komplexität beunruhigt die Welt. Insbesondere seit Beginn der Präsidentschaft von Donald Trump erleben wir einen Konfrontations- und Aufrüstungstaukel des transatlantischen Westens wie seit dem Kalten Krieg nicht mehr. Die USA, die NATO und die Europäische Union versuchen damit auf die neuen inneren und äußeren Widersprüche zu reagieren, die von

unterlaufen, eine völlig neue Front in der Region. Offensichtlich vollzieht sich im Nahen und Mittleren Osten ein Kampf um die Neuordnung der Region, bei dem der Einfluss des Irans und Russlands zurückgedrängt und Syrien als selbständiger Staat zerschlagen werden soll. Das hätte insbesondere für Europa verhängnisvolle Folgen.

Zweitens: Als besonders beunruhigend muss das Verhältnis zu Russland angesehen werden. Daran änderten auch die Treffen von Trump und Putin im Juli 2018 in Helsinki sowie von Merkel und Putin im August auf Schloss Meseberg nichts. Bei aller berechtigten Kritik an Russland ist es in erster Linie der transatlantische Westen, der für die

Das «Feindbild Russland» ist der Kitt für alle außenpolitischen Divergenzen und zugleich die Tünche zur Verschleierung der innenpolitischen Widersprüche des Westens.

einem Zerfallsprozess der unipolaren Weltordnung zeugen. Das zeigt sich vor allem an zwei miteinander zusammenhängenden Prozessen, die besonders seit Anfang des Jahres 2018 zu erkennen sind:

Erstens: Im Nahen Osten erleben wir gegenwärtig eine erneute Zuspitzung der Situation. Mit der Verlegung der US-Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem im Mai 2018 wurde zunächst der israelisch-palästinensische Konflikt angeheizt. Zugleich mischte sich die Türkei mit Angriffen gegen die Kurden in den Bürgerkrieg in Syrien und im Irak ein. Den militärischen Erfolgen Syriens und Russlands im Antiterrorkampf gegen den Islamischen Staat begegnete der Westen völlig konzeptionslos. Statt eine konstruktive Initiative für den Friedensprozess in Syrien zu starten, eröffneten die USA durch die Aufkündigung des Atomabkommens mit dem Iran sowie durch scharfe Wirtschaftssanktionen gegen den Iran und damit verbundene Strafandrohungen gegen alle Länder bzw. Firmen, die diese Sanktionen

Verschlechterung der Beziehungen zu Russland verantwortlich ist. Ausgangspunkt dieser Entwicklung waren die NATO-Osterweiterung bis an Russlands Westgrenze sowie eine Dämonisierung Putins als Inkarnation des Bösen – ähnlich wie bei Hussein, Gaddafi oder Assad. Es waren Prozesse, die lange vor der Ukrainekrise – für die man allein Russland verantwortlich macht – begannen bzw. ihre Dynamik entfalteten. Symptomatisch für eine gezielte Stimmungsmache seit Anfang des Jahres gegen Russland ist die Skripal-Affäre, bei der Russland und Putin im März 2018 persönlich für einen Giftanschlag gegen einen ehemaligen Doppelagenten und seine Tochter im britischen Salisbury verantwortlich gemacht wurden. Die USA und die EU verhängten Sanktionen gegen Russland, ohne dass je glaubhafte Beweise für eine russische Schuld vorgelegt wurden. Die NATO braucht das «Feindbild Russland» als einigendes Band zur Rechtfertigung eines unsinnigen Rüstungsschubs. Seit dem NATO-Gipfel

von Wales 2014 werden für alle NATO-Länder zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) als Rüstungsausgaben verbindlich gemacht, ohne dass bisher weder auf nationaler noch auf NATO-Ebene ein plausibles Verwendungskonzept vorgelegt wurde. Das «Feindbild Russland» ist der Kitt für alle außenpolitischen Divergenzen und zugleich die Tünche zur Verschleierung der innenpolitischen Widersprüche des Westens.

Die anhaltende Labilität der Situation im Nahen Osten und das zunehmende Spannungsverhältnis zu Russland sind Faktoren, die in erster Linie die sicherheitspolitische Lage in Europa berühren. Während Deutschland und die EU im Nahen Osten weitgehend konzeptionslos und gewalttolerierend agieren, setzen sie gegenüber Russland Gewaltandrohung als Mittel der Abschreckung ein. Eine Politik der gegenseitigen Abschreckung hat sich aber bereits im Kalten Krieg als äußerst fragiles Mittel für Stabilität und Friedenssicherung erwiesen.

Seit dem Ende der Blockkonfrontation haben sich die inneren und äußeren Rahmenbedingungen für die Sicherheit Europas grundlegend verändert. Die Hegemonialrolle der USA und ihrer Verbündeten ist durch den Aufstieg neuer Mächte infrage gestellt. Wir stehen nach rund 30 Jahren erneut an einem geopolitischen Wendepunkt – und zwar von einer unipolaren zu einer multipolaren Weltordnung. Die Randzonen der alten und neuen Kräftegruppierungen sind durch außerordentliche Labilität und zahlreiche Bürger- bzw. Stellvertreterkriege gekennzeichnet. Hinzu kommen die dramatischen Folgen einer neoliberalen Wirtschaftspolitik des Westens in den armen Ländern sowie die Auswirkungen der Klimaveränderungen. Als neue und nahezu unberechenbare sicherheitspolitische Herausforderung erweist sich der Islamische Staat bzw. der islamistische Fundamentalismus insgesamt mit seinen globalen terroristischen Attacken. Verbunden mit einem starken Bevölke-

rungswachstum in Afrika und der arabischen Welt schlagen sich all diese Faktoren in einem hohen Migrationsdruck auf Europa nieder. Insgesamt steht besonders der europäische Kontinent vor völlig neuen sicherheitspolitischen Risiken und Unwägbarkeiten.

Dabei dürfen drei Entwicklungen nicht unterschätzt werden, die nach dem Ende der Blockkonfrontation insbesondere für die Industriestaaten Europas kennzeichnend sind:

1. Die Empfindlichkeit dieser Staaten gegen destruktive Einwirkungen ist mit der Globalisierung und Digitalisierung enorm gestiegen. Insbesondere die Abhängigkeit von der Elektroenergie sowie von der analogen und digitalen Kommunikation macht die gesamte Infrastruktur dieser Länder leicht verletzbar. Selbst konventionelle Kriege sind auf dem Territorium der westlichen Welt nicht mehr führbar und gewinnbar, da sie zivilisationsgefährdende Folgen haben. Resilienz, wie sie im Weißbuch 2016 als Konsequenz auf diese Herausforderung gefordert wird,¹ ist blanker Selbstbetrug.

2. Dazu kommt, dass neue Technologien völlig neue Möglichkeiten eines destruktiven Einwirkens auf Streitkräfte und Gesamtgesellschaft geschaffen haben, die unterhalb der Schwelle konventioneller Waffenwirkung bleiben. Insbesondere die Ausdehnung von Konflikten auf den Weltraum und den Cyberspace lassen die Grenzen zwischen militärischen und nichtmilitärischen Aktivitäten – und damit zwischen Krieg und Frieden – verwischen. Vor allem verringert sich durch die Tendenz zur Automatisierung militärischer Entscheidungen der Spielraum für politische Entscheidungen.

3. Schließlich fehlt gegenwärtig weitgehend das Deeskalationsinstrumentarium, das seit Mitte der 1970er Jahre die Blockkonfrontation reguliert bzw. eingedämmt hat. Hierzu gehören zum Beispiel die vereinbarten Mechanismen zur Verifikation von Abrüstung und Rüstungsbegrenzung, zur Manöverbeobachtung

sowie eine Vielzahl von Vertrauens- und Sicherheitsbildenden Maßnahmen (VSBM). Mit diesen Entwicklungen sind vor allem die Industriegesellschaften Europas und Nordamerikas im Falle einer direkten Einbeziehung in gewaltsame Auseinandersetzungen verletzbarer geworden. Die Gefahren einer nicht gewollten bzw. zufälligen Eskalation von Konflikten sind gewachsen. Das bisher im Denken von Militärs vorherrschende Ringen um Eskalationsdominanz wird zum Risiko für einen politischen Prozess der Deeskalation. Das umso mehr, als auf allen potenziellen Kriegsschauplätzen mit Aktivitäten nichtstaatlicher Akteure zu rechnen ist. Angesichts der Sprunghaftigkeit und Spontaneität des gegenwärtigen US-Präsidenten bei der Durchsetzung seiner «America-first»-Politik und der Kennzeichnung Deutschlands als strategischem Gegner müssen die USA zurzeit selbst als sicherheitspolitischer Risikofaktor für Europa betrachtet werden.

Manichäisches Weltbild des Westens und missionarischer Charakter der Außenpolitik

Deutschland und die EU stehen damit vor der Aufgabe, die Friedensfrage konsequenter und kreativer in den Vordergrund ihrer Außenpolitik zu rücken. Nun gehört es seit jeher zum Selbstverständnis aller Bundesregierungen, dass sie eine Außenpolitik im Sinne von Frieden und Stabilität in Europa betreiben wollen. Anspruch und Wirklichkeit dieser Außenpolitik stehen jedoch im Widerspruch zueinander. Diese Widersprüchlichkeit ist aber nicht ohne Weiteres zu erkennen, da sie sich hinter den Floskeln einer werteorientierten Außenpolitik verbirgt. So heißt es bei Ischinger/Messner: «Deutschland sollte sich als Ganzes stärker zu seiner gewachsenen internationalen Verantwortung bekennen und diese auf Basis unserer Werte [...] annehmen und ausfüllen.»² Als Leitbegriffe werden dabei vor allem sol-

che wie «Frieden», «Freiheit», «Demokratie», «Wohlstand» und «Gerechtigkeit» genannt.³ Das sind sehr wohlklingende Begriffe mit viel Interpretationsspielraum und Auswahlmöglichkeiten. Bei ihrer außenpolitischen Umsetzung sollten wir nur nicht vergessen, dass das keineswegs die zentralen politischen Kategorien aller Staaten dieser Erde sind, sondern lediglich «die Werte einer offenen freiheitlichen Gesellschaft».⁴

Hinter diesem Wertebewusstsein steht das manichäische Weltbild des transatlantischen Westens insgesamt: die Teilung der Welt in Gute und Böse, in «Wir und die Anderen». Dieses Weltbild beruht auf dem Selbstverständnis des Westens als höchste Stufe der menschlichen Zivilisation – im Unterschied zu allen anderen real bestehenden Kulturen bzw. Zivilisationen, in deren Rahmen die annähernd 200 Staaten dieser Welt koexistieren. Man sollte sich an Samuel P. Huntington erinnern, der bereits Mitte der 1990er Jahre darauf aufmerksam machte, dass «der Glaube an die Universalität der westlichen Welt an drei Problemen [kranke]: er ist falsch, er ist unmoralisch, und er ist gefährlich».⁵ Huntington sah in einer Politik des Westens, die «unterschiedliche kulturelle Wertvorstellungen» nicht berücksichtigt, die Wurzel für Konflikte zwischen den Staaten verschiedener Zivilisationen bzw. Kulturkreise – insbesondere an deren Randzonen.⁶ Genau diese Vorhersage hat sich mit den Kriegen auf dem Balkan sowie im Nahen und Mittleren Osten bestätigt. Man muss die Vision Huntingtons vom «Kampf der Kulturen» nicht teilen; unbestreitbar bleibt die tiefe Widersprüchlichkeit zwischen dem Westen und dem Rest der Welt.

De facto hat die Verabsolutierung der Werteorientierung in der Außenpolitik Deutschlands und der EU missionarischen Charakter mit einem neokolonialistischen Anspruch. Das Wertesystem des Westens wird als Verkörperung allgemeinemenschlicher Werte dargestellt. Aus der Menschenrechtserklärung

der Vereinten Nationen werden selektiv und einseitig die westlichen Vorstellungen über Grundrechte, Freiheit und politische Demokratie in den Vordergrund gestellt. Der damit einhergehende Überlegenheitsanspruch der westlichen Kultur bzw. Zivilisation ist konfliktfördernd und friedensgefährdend. Zwei Beispiele, die zum Kern der deutschen und europäischen Außenpolitik gehören, mögen das verdeutlichen:

Erstens: So zielt die sogenannte Politik der «Östlichen Partnerschaft» (ÖP) – als Teil der «Europäischen Nachbarschaftspolitik» (ENP) – auf eine Transformation und Bindung der sechs postsowjetischen Staaten Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Moldau, Ukraine und Weißrussland an das westliche Wertesystem, ohne dass diese Länder eine Beitrittsperspektive für die Europäischen Union haben. Am deutlichsten und folgenreichsten verkörperte eine solche Haltung das Barroso-Ultimatum⁷ vom Februar 2013 an die Ukraine, als diese sich der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft⁸ anschließen wollte. Barroso schloss daraufhin eine Annäherung der Ukraine an die EU aus, wenn sich diese für die Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft entscheiden sollte. Es folgten der «Euromaidan», der Sturz des damaligen Präsidenten der Ukraine, Viktor Janukowitsch, der Aufstand in der Ostukraine und die Abspaltung der Krim durch Russland – also die komplette Ukraine-Krise.

Zweitens: Das zweite Beispiel betrifft das Prinzip der sogenannten Doppelstrategie von Abschreckung und Dialog gegenüber Russland. Hier gibt es eine Kontinuitätslinie seit dem Harmel-Bericht von 1967 über alle Bundeswehrweißbücher bis zum NATO-Gipfel 2018 in Warschau. Abschreckung und Dialog sind zwei Seiten derselben Medaille. Beide Seiten zielen – mit mehr oder weniger Gewaltandrohung – auf Transformation nach westlichen Vorstellungen und keineswegs auf Anerkennung des Status quo und der gegen-

seitigen Gleichberechtigung. Dabei sei nicht übersehen, dass Dialogpolitik durchaus eine kriegsverhindernde Wirkung haben kann.

De facto zeigt sich in der werteorientierten Außenpolitik der Bundesrepublik ein grundlegender Widerspruch zur deutschen Innenpolitik: Der regierungsoffiziell praktizierten Toleranz einer kulturellen Vielfalt nach innen steht die kulturelle Intoleranz nach außen gegenüber. Die werteorientierte Außenpolitik Deutschlands und des Westens insgesamt ignoriert die gleichberechtigte Anerkennung der Wertesysteme anderer politischer Kulturen.

Friedensfrage umfasst mehr als Antimilitarismus und Pazifismus

Eine linke Kritik an der Außenpolitik Deutschlands und der EU muss also viel grundsätzlicher als bisher ansetzen. Sie darf sich keineswegs nur auf den Militarisierungsaspekt konzentrieren, sondern muss sich auf alle Schwächen der gegenwärtigen Außenpolitik richten. Bisher setzt sich aber keine der Bundestagsparteien kritisch mit dem Problem der Werteorientierung in der außenpolitischen Praxis auseinander.

Das Dilemma der Linkspartei besteht darin, dass sie kein konstruktives Konzept und keine Vision für die Bewältigung der außenpolitischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts hat. Die LINKE ist eine Contra-Partei und keine Pro-Partei. Ihre Konzentration auf den Antimilitarismus in der Friedensfrage ist ihre Stärke und Schwäche zugleich. Sie ist konsequent gegen jegliche Auslandseinsätze der Bundeswehr, gegen die NATO, gegen jeglichen Rüstungsexport, gegen eine europäische Militärunion, gegen eine Militarisierung der Sicherheitspolitik insgesamt. Entscheidend dabei ist, dass die LINKE in ihrem Selbstverständnis als Friedenspartei keinen Plan für eine Außenpolitik des Friedens hat. Die Friedensfrage umfasst mehr als Antimilitarismus

Aktive Friedenspolitik heißt Eintreten für Gewaltverzicht und aktive kooperative internationale Beziehungen auf Basis von Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker.

und Pazifismus. Man kann engagiert für den Frieden sein, ohne Pazifist zu sein und auch ohne einem konsequenten Antimilitarismus in jedem Detail zustimmen zu müssen. Eine Reduzierung der Friedensfrage auf Pazifismus und Antimilitarismus birgt in sich aber die Gefahr des Sektierertums und der Ausgrenzung potenzieller Partner. Angesichts der neuen Dimensionen und der Komplexität der Friedensfrage in der Gegenwart ist eine solche Einnengung für die Friedensbewegung geradezu kontraproduktiv.

Das ist keine Polemik gegen die klare antimilitaristische Haltung der Linkspartei. Es ist ein Plädoyer für eine komplexe friedenspolitische Vision. Eine echte Außenpolitik des Friedens muss über Pazifismus und Antimilitarismus hinausgehen. In diesem Sinne möchte ich thesenartig sechs Orientierungspunkte in den Mittelpunkt und zur Debatte stellen:

1. Aktive Friedenspolitik heißt Eintreten für Gewaltverzicht und aktive kooperative internationale Beziehungen auf Basis von Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker. Das sind zugleich die obersten Verhaltensgrundsätze der Charta der Vereinten Nationen.⁹ Außenpolitik des Friedens ist Außenpolitik auf Augenhöhe. Das verlangt die Anerkennung anderer politischer Kulturen, anderer historischer Erfahrungen, anderer Lebensweisen und Werte als legal und gleichberechtigt. Es bedeutet zugleich den Verzicht auf Missionierung, Transformation und *regime change*.

2. Zugleich geht es um die Berücksichtigung der besonderen Interessen anderer Staaten. Das setzt voraus, sie in ihrem historischen Kontext zu kennen. Man muss also den politischen Partner bzw. Gegner «verstehen». Verstehen heißt keineswegs, mit ihm über-

einzustimmen. Den politischen Partner bzw. Gegner zu «verstehen» ist die Voraussetzung für jede vernünftige Außenpolitik. Insofern ist «Putin-Versteher» kein Schimpfwort, sondern Grundbedingung einer realistischen Außen- und Sicherheitspolitik gegenüber Russland.

3. Friedenspolitik heißt immer auch vorausschauende Außenpolitik, die Konflikte von vornherein zu vermeiden sucht. Deutsche und europäische Außenpolitik in den Krisenregionen dieser Welt – im Nahen und Mittleren Osten, in Afghanistan oder in Afrika – waren und sind aber in der Regel nichts anderes als Bemühungen zur Krisenbewältigung und zur Beseitigung bzw. Linderung der Kriegsfolgen, zum Teil sogar mit den falschen Mitteln. Was bisher fehlt, ist eine langfristige Sicht auf die Probleme. Eine konsequente Außenpolitik des Friedens verlangt eine Verlagerung des Schwerpunkts von der Krisenbewältigung auf die Krisenprävention. Das heißt, sie muss mehr von den zukunftsorientierten, grundsätzlichen Zielen aus – also von den angestrebten Folgen her – konzipiert und gestaltet werden.

4. Friedenspolitik heißt auch Verzicht auf Feindbilder. Feindbilder sind stets mit Hass, Intoleranz und Ausgrenzung verbunden. Gefragt sind aber Kooperation, Versöhnungsbereitschaft und Toleranz – nach innen wie nach außen. Anregungen bieten hier vor allem die christliche Friedensethik und die praktische Friedensarbeit der christlichen Kirchen.

5. Friedenspolitik heißt insbesondere Durchsetzung und Stärkung des Völkerrechts – statt der Anerkennung des Rechts des Stärkeren. Gemeint ist hier vor allem die Überwindung von Doppelstandards bei der Bewertung von internationalen Problemen bzw. Rechtsverstößen. Nur dadurch ist auch die Glaubwür-

digkeitskrise des Westens zu überwinden. Außenpolitische Praxis ist derzeit eher die einseitige Schuldzuweisung an den politischen Gegner. So werden offensichtliche Völkerrechtsverstöße der USA wie der Irak-Krieg oder Drohnenangriffe gegen vermeintliche Terroristen von der Regierung und den deutschen Mainstream-Medien ignoriert, toleriert oder gerechtfertigt, während fragwürdige Aktionen seitens Russlands aufgebauscht oder gar frei erfunden werden. Das Musterbeispiel hierfür aus dem Jahr 2018 ist die Affäre um den russisch-britischen Doppelagenten Skripal und seine Tochter. Die friedenspolitische Konsequenz muss hier vor allem in der Stärkung von internationalen Organisationen wie der UNO und OSZE sowie deren Fachinstitutionen liegen.

6. Schließlich geht es bei einer konstruktiven Friedenspolitik auch um die Einheit der Friedensfrage mit der sozialen Frage. Stabiler Frieden zwischen den Staaten und Völkern wird es nur geben, wenn Armut, Unterentwicklung, Umweltzerstörung und neokolonialistische Ausbeutung überwunden werden. Frieden – nach innen wie nach außen – beruht auf Solidarität und Gerechtigkeit. Hier könnte zum Beispiel auch der Kern für die Werteorientierung einer linken Außenpolitik liegen.

Europäische Sicherheit nur mit und nicht gegen Russland

Diese sechs Orientierungspunkte sind kein Selbstzweck. Sie stehen mit der Militärfrage in engem Zusammenhang. Sie sind Maßstab und Kriterium zur Beurteilung der aktuellen Tendenzen der Rüstungs-, Militär- und Bündnispolitik der Bundesregierung und weisen auch den Weg zu Alternativen. Kernpunkt der Friedensfrage aus deutscher Sicht ist das Problem der europäischen Sicherheit. Es geht um Frieden und Stabilität auf dem europäischen Kontinent und an seinen Randzonen. Der Schlüssel hierfür liegt in der Gewährleistung

partnerschaftlicher Beziehungen zu Russland als der größten Kontinentalmacht. Zumindest geografisch ist uns Russland 5.000 Meilen näher als die USA. Denn Russland ist – wie Egon Bahr immer wieder betonte – unverrückbar unser Nachbar.¹⁰ Frieden in und für Europa ist nur mit und nicht gegen Russland zu gewährleisten. Insofern muss die Schaffung einer gemeinsamen europäischen Sicherheitsstruktur unter Einbeziehung Russlands im Zentrum deutscher und europäischer Sicherheitspolitik stehen.

Es sind gerade die Differenzen mit Russland, die uns zwingen, an diesem Ziel festzuhalten und zumindest in kleinen Schritten in diese Richtung voranzuschreiten. Über alle bestehenden Meinungsverschiedenheiten mit Russland hinweg ist diese Sicherheitspartnerschaft tatsächlich alternativlos. Daran ändern auch die – historisch erklärbaren – Ängste der Menschen im Baltikum und in Polen vor Russland nichts. In diesem Zusammenhang kann es auch keinen Zweifel geben, dass Deutschland bei der Gewährleistung von Frieden und Sicherheit in Europa andere Interessen hat als Amerika.

Aktivitäten der Friedensbewegung sind nur als breite Bündnispolitik erfolgreich

Angesichts der Vielfalt und Komplexität der Probleme, die Frieden und Stabilität in Europa entgegenstehen, stellt sich die Frage, wie wir dennoch auf diesem Wege vorankommen können. Die Antwort liegt in erster Linie bei der Friedensbewegung selbst. Die Friedensbewegung kann nur erfolgreich sein, wenn ihre Aktivitäten als breite Bündnispolitik praktiziert werden. Das ist auch die Konsequenz aus dem Verständnis der Friedensfrage als Menschheitsfrage.

Obwohl die Friedensbewegung in Deutschland gegenwärtig eher unauffällig agiert, verbindet der Friedensgedanke breiteste Bevölkerungskreise. Er ist in allen Klassen,

Schichten und Parteien verankert und reicht weit ins bürgerliche Lager hinein. Deutschland gehört zu den Ländern Europas, in denen die negativen Erinnerungen an zwei Weltkriege im Bewusstsein der Bevölkerung besonders präsent sind. Davon zeugen alle soziologischen Untersuchungen zur Frage von Krieg und Frieden der letzten Jahre. Zugleich gibt es kaum ein Thema, das so konträr diskutiert wird wie die Friedensfrage. Selbst das linke Lager ist in dieser Frage tief gespalten. Es gibt innerhalb dieses Lagers geradezu eine Rivalität um das Selbstverständnis als einzig wahre Friedenskraft in Deutschland. Genau das ist aber auch die entscheidende Schwäche der Friedensbewegung, die einen größeren Erfolg verhindert.

Wie eine friedensorientierte Außenpolitik die Akzeptanz anderer politischer Kulturen, Werte

und Traditionen verlangt, gilt das in der Friedensfrage vor allem auch nach innen. Das heißt, es geht um Toleranz für den Umgang mit dem potenziellen Bündnispartner, der aus einem anderen sozialen, politischen oder religiösen Milieu kommen kann. Die Friedensbewegung wird nur dann Einfluss auf die reale Außenpolitik haben, wenn sich ihre einzelnen Teile oder Kräfte auf grundlegende gemeinsame Ziele verständigen können. Das setzt aber voraus, dass durchaus berechnete Einzelforderungen im Interesse eines gemeinsamen Zieles von Fall zu Fall zurückgestellt werden müssen und oft nur ein Minimalkonsens erreichbar ist.

Angesichts der Vielfalt und Diversifizierung der Friedensbewegung ist die Bereitschaft der Linken, breite politische Bündnisse einzugehen sowohl als Partei als auch im Sinne des gesamten linken Spektrums, eine wichtige Voraussetzung, um Erfolg zu haben. Dabei darf es keine Scheuklappen, keine Be-

rührungsängste und keine Ausgrenzungen geben, auch keine ideologische Arroganz im Sinne des Anspruchs, eine «führende Rolle» einzunehmen. Die Geschichte lehrt, dass es in der Vergangenheit gerade dieser Kampf um die Führungsrolle war, der die linken Kräfte gespalten und in den Untergang geführt hat. Die Spaltung der Linken hat immer nur die bellizistischen Kräfte gestärkt.

Was wir brauchen, ist eine Friedensbewegung, die als breite Sammlungsbewegung über alle Parteigrenzen hinausgeht. Diese Aussage steht keineswegs im Widerspruch zur linken Sammlungsbewegung, die im Sommer 2018 von Sarah Wagenknecht ins Leben gerufen wurde. Die Friedensbewegung ist Teil dieser Sammlungsbewegung und geht zugleich darüber hinaus, da sie auch Kräfte umfassen kann, die eher im bürger-

lichen Lager stehen. Dabei sollten wir keine Illusionen und überzogenen Ansprüche haben. Es wird auch in Zukunft keine Homogenität in der Friedensbewegung geben. Mehr gegenseitige Toleranz schließt Auseinandersetzungen nicht aus. Ein breites Friedensbündnis bedeutet vor allem aktionsbezogene Kooperation und keineswegs Verbrüderung.

Es gibt genügend Ansätze für solche breiten Friedensbündnisse. Man muss sie nur wahrnehmen und unterstützen. Im Herbst 2017 gab es zum Beispiel einen «Abrüstungsaufruf der Friedensbewegung», zu deren Erstunterzeichnern Sarah Wagenknecht, Sigmar Gabriel, Antje Vollmer, Sevim Dagdelen und andere gehörten. Bereits im November 2016 trat die parteiübergreifende Initiative «Neue Entspannungspolitik JETZT» an die Öffentlichkeit, die auch von Politikerinnen und Politikern der Linkspartei unterstützt wurde. Diese Initiative ist nach wie vor hochaktuell und hat viel Zuspruch auch aus bürgerlichen Kreisen erfah-

Es gibt genügend Ansätze für solche breiten Friedensbündnisse. Man muss sie nur wahrnehmen und unterstützen.

ren. Im Kern geht es um die Überwindung der neuen Ost-West-Konfrontation, was sich gegenwärtig als Schlüsselproblem der Friedensfrage in Europa darstellt. In dieser Hinsicht lohnt sogar die Rückbesinnung auf das letzte außenpolitische Leitliniendokument der alten Bundesregierung zum Thema «Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern».¹¹ Es wurde kurz vor den Bundestagswahlen im September 2017 von Kanzlerin Angela Merkel und Außenminister Sigmar Gabriel unterzeichnet und veröffentlicht, verschwand danach aber sofort in die Versenkung. Grundlage für dieses Dokument war ein breiter öffentlicher Diskussionsprozess, der unter dem Motto «PeaceLab 2016: Krisenprävention – weiterdenken» stand. Dieses Dokument ist insofern bedeutsam, als es eine völlig andere politische Handschrift trägt als das Bundeswehrweißbuch 2016. Bemerkenswert ist vor allem, dass es Russland explizit nicht als Bedrohung und sicherheitspolitische Herausforderung darstellt, dafür aber der Krisenprävention einen völlig neuen Stellenwert gibt.¹² Ich plädiere

hier keineswegs für eine kritiklose Übernahme dieses Dokuments. Dafür enthält es zu viele Elemente neoliberaler Missionierungs- und Transformationspolitik. Als Ansatz und Aufhänger, um bei dem Anliegen, einen breiten gesellschaftlichen Konsens für eine neue Entspannungspolitik in der Friedensfrage zu erreichen, voranzukommen, taugt es aber alle Male.

¹ Die Bundesregierung: Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr, Berlin 2016, S. 48–49. ² Ischinger, Wolfgang/Messner, Dirk: Deutschlands neue Verantwortung. Die Zukunft der deutschen und europäischen Außen-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik, Berlin 2017, S. 209. ³ Siehe ebd., S. 4 u. 7. ⁴ Ebd., S. 209. ⁵ Huntington, Samuel P.: Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert, Hamburg 2006/07, S. 509. ⁶ Siehe ebd., S. 22. ⁷ José Manuel Barroso war zu dieser Zeit Kommissionspräsident der Europäischen Union. ⁸ Die Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft verwandelte sich zum 1. Januar 2015 in die Eurasische Wirtschaftsunion als Binnenmarkt mit Zollunion. Ihr gehören die fünf postsowjetischen Staaten Armenien, Kasachstan, Kirgistan, Russland und Weißrussland an. ⁹ Siehe Charta der Vereinten Nationen, Kapitel 1, Artikel 1. ¹⁰ Rutz, Michael: Das Einfachste wäre, an Russland zu verzweifeln, Zeit Online, 7.11.2014, unter: www.zeit.de/politik/deutschland/2014-11/russland-putin-dialog/seite-3. ¹¹ Die Bundesregierung: Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern. Leitlinien der Bundesregierung, Berlin 2017. ¹² Lediglich im Kapitel 3 «Ziele, Ansätze und Instrumente der Friedensförderung» gibt es auf Seite 72 eine Aussage zu Russland, die in der Sprache des Weißbuchs gehalten ist.

Karin Kulow/Norman Paech

ROTIEREN FÜR DEN WELTFRIEDEN – ODER EHER DOCH NICHT?

WAS AUS LINKER SICHT VON DER SECHSTEN NICHTSTÄNDIGEN MITGLIEDSCHAFT DER BUNDESREPUBLIK IM UN-SICHERHEITSRAT ZU ERWARTEN IST

Die Wahl von Deutschland in den UN-Sicherheitsrat für die Jahre 2019/20 war erwartet worden. Die Zustimmung von 184 der 193 UNO-Mitgliedstaaten drückt zugleich eine große Verpflichtung aus. Immerhin stellt der UN-Sicherheitsrat das einzige Gremium der Vereinten Nationen dar, welches rechtlich bindende Resolutionen verabschieden, also Völkerrecht begründen kann und dessen Hauptverantwortung gemäß Artikel 24 der UN-Charta in der Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit liegt. Seine Hauptaufgabe folglich ist und bleibt, Beschlüsse zur politischen Lösung internationaler Konflikte zu fassen. Von seinen 15 Mitgliedern verfügen fünf (China, Frankreich Großbritannien, Russland und die USA) über einen ständigen, zudem mit einem Vetorecht ausgestatteten Sitz. Die übrigen zehn rotieren in einem Zwei-Jahres-Turnus nach einem informellen regionalen Schlüssel. Deshalb ist Deutschland nunmehr zum sechsten Mal im Sicherheitsrat vertreten.¹

1.

Mit seiner jetzigen Mitgliedschaft will Deutschland zur Stärkung dieses Gremiums beitragen und vor dem Hintergrund der noch von den Kräfteverhältnissen nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges geprägten Zusammensetzung für dessen Reformierung eintreten. Zugleich verfolgt die deutsche Regierung das Ziel, dort einen ständigen, als speziell europäisch deklarierten Sitz zu erhalten. Gerechtfertigt wird dies vor allem damit, beim regulären Haushalt der Vereinten Nationen und

beim Etat für UN-Friedensmissionen (*peacekeeping*) der viertgrößte Beitragszahler und weltweit der zweitgrößte Geldgeber für humanitäre Belange zu sein sowie zu den wichtigsten westlichen Truppenstellern der UN-Friedensmissionen zu gehören.²

Die Bundesregierung hat sich für ihre kurze Mitgliedschaft im UN-Sicherheitsrat viel vorgenommen. Sie will «Verantwortung übernehmen» und einen Beitrag dazu leisten, «Krieg in der Welt friedlich zu lösen». Darunter versteht sie im Einzelnen:

- einen «umfassenden Ansatz» entwickeln, «um in Krisenländern und unsicheren Regionen Frieden zu schaffen und zu erhalten (*peacebuilding* und *peacekeeping*)»;
- «Menschenrechtsverletzungen dabei aufmerksamer in den Blick nehmen»;
- «globale Gesundheitsrisiken effizienter eindämmen, auf Pandemien wie die Ebolakrise besser reagieren»;
- «Aktivitäten zur weltweiten Abrüstung und Nichtverbreitung von Waffen stärker unterstützen, um die Handlungsfähigkeit zu steigern»;
- «nichtständige Sitze als europäische Sitze behandeln»;
- «auch Israels Interessen mitvertreten».

Gemäß der Einschätzung von Außenminister Heiko Maas sei diese mit deutlicher Mehrheit erfolgte Wahl Ausdruck der großen Anerkennung für das weltweite Engagement Deutschlands. Neben seiner Stellung als viertgrößter Beitragszahler in den Vereinten Nationen sowie als großzügiger Unterstützer des humanitären Systems und der UN-Entwicklungsor-

ganisationen schlugen dabei gleichfalls auch seine Rolle als aktiver Fürsprecher multilateraler Konfliktlösung und als engagiertes Mitglied im Menschenrechtsrat zu Buche. Dementsprechend sei Deutschland auch mit hohen Erwartungen konfrontiert. Ihm werde zuge-
traut, «eine Kraft des Ausgleichs zu sein, ein Verteidiger der regelbasierten Weltordnung, eine Stimme der Vernunft in einer zunehmend radikalisierten Welt».³ Um diesen Ansprüchen gerecht zu werden und vor allem einen Beitrag zur Konfliktlösung in Syrien, in der Ukraine, im Südsudan oder im Jemen zu leisten, werde Deutschland seine Mitgliedschaft für politische Initiativen zu nutzen suchen und versuchen, bestehende Blockaden zu überwinden. Zugleich bestehe die Bereitschaft, sich notfalls militärisch zu engagieren. Da sich der Sicherheitsrat im Jahr 2019 zu einem Drittel aus EU-Mitgliedern zusammensetzen wird,⁴ solle insbesondere das europäische Momentum genutzt werden, indem eine europäische Außenpolitik in New York betrieben wird, die diesen Namen auch verdiene. Dementsprechend wolle Deutschland seinen aktuellen Sitz im UN-Sicherheitsrat europäisch interpretieren und sich zugleich für einen gemeinsamen europäischen Sitz stark machen.

In einem seiner zahlreich gegebenen Interviews, darunter mit der *Süddeutschen Zeitung* vom 8. Juni 2018,⁵ zu dieser sechsten nichtständigen Mitgliedschaft im UN-Sicherheitsrat hat sich der deutsche Außenminister auch für neue Akzentsetzungen ausgesprochen, die sich wie folgt zusammenfassen lassen:

- Der Politik des «Amerika zuerst» von US-Präsident Trump solle eine Politik des «Europa vereint» entgegengesetzt werden, da Trumps einseitige Aufkündigung des Atomabkommens mit Iran, des sogenannten Joint Comprehensive Plan of Action (JCPA), im Widerspruch zu europäischen Sicherheitsinteressen stehe. Im Interesse der Erhaltung dieses Abkommens werde auch ein Zusammengehen mit Russland und China ins Auge

gefasst. Die Partnerschaft mit den USA hingegen stehe vor einer Neujustierung.

- Deutschland müsse sich darauf einstellen, einen größeren Beitrag für Frieden und Sicherheit zu leisten, indem es seine Ausgaben für ziviles Engagement wie für die Verteidigung erhöhe. Auch sei auf eine engere verteidigungspolitische Kooperation in Europa hinzuwirken.
- Es werde eine stärkere politische Mitwirkung bei der Lösung des Syrien-Konflikts angestrebt, insbesondere in Gestalt der Übernahme einer Brückenfunktion zwischen Russland und Iran einerseits sowie den USA, Europa und Saudi-Arabien andererseits.
- In der Ukraine-Krise solle alles daran gesetzt werden, die Konfliktparteien wieder an den Verhandlungstisch zurückzuholen, wozu erste Schritte bereits unternommen worden seien.

2.

Die Welt ist in den vergangenen 20 Jahren weder sicherer noch friedlicher geworden. Vor allem in Asien und Afrika haben die Zahl wie auch das Ausmaß der Kriege zugenommen. Eine wesentliche Verantwortung für diese Entwicklung tragen die westlichen Staaten der NATO, die Bundesrepublik eingeschlossen. Sie ist jetzt in zahlreichen Ländern der Erde von Afghanistan bis Mali militärisch vertreten und an den dortigen Kriegen beteiligt. Neuestens will sie sich auch an einer militärischen Mission der USA im südchinesischen Meer, einer äußerst gefährlichen Mission, beteiligen.

Die bisherige Bilanz ihrer globalen Verantwortung für den Frieden mit militärischen Einsätzen ist, obwohl ausschließlich als Beitrag zum Frieden gepriesen, alles andere als friedensstiftend:

- Der erste Einsatz der Bundeswehr nach dem Zweiten Weltkrieg geschah 1999 ausgerechnet in einem völkerrechtswidrigen Angriffs-

- krieg gegen Jugoslawien unter der falschen Berufung auf eine «humanitäre Intervention», wie der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder danach offen bekannte.
- Der fast 20-jährige Einsatz in Afghanistan hat unter anderem dazu geführt, dass dieses Land von ständigem Terror und Zerstörung heimgesucht wird. Eine Befriedung liegt in weiter Ferne, nicht trotz, sondern eher wegen der Anwesenheit ausländischer Truppen.
 - Die Lieferung von Panzern und anderen Rüstungsgütern an die Türkei, die seit Jahrzehnten in ihrem Land einen offenen Krieg gegen ihre eigene Bevölkerung führt und jüngst unter Einsatz deutscher Waffen völkerrechtswidrig in Syrien eingedrungen ist und gegen alles Recht den Kanton Afrin besetzt hat, ist weder *peacekeeping* noch *peacebuilding*.
 - Es gibt bisher keinen substanziellen Beitrag der Bundesrepublik zur Abrüstung. Die Bundesregierung spricht von der «Nichtverbreitung von Waffen», Deutschland ist aber zugleich einer der weltgrößten Waffenverkäufer und -lieferanten. Insbesondere hat die Bundesregierung keinen Beitrag für die nukleare Abrüstung geleistet. Sie ist den Verhandlungen über den Atomverbotsvertrag im Juli 2017 in New York ferngeblieben und duldet nach wie vor die Stationierung von Atomwaffen der USA in Büchel.
 - Auch der Einsatz von Tornado- und AWACS-Flugzeugen im syrischen Luftraum ist ohne Mandat des UN-Sicherheitsrats und Zustimmung der legalen Regierung in Damaskus eine flagrante Verletzung der territorialen Integrität Syriens. Das wird auch nicht durch die vorgebliche Unterstützung des Kampfes gegen den IS gerechtfertigt, da ebenfalls die Truppen der anderen in Syrien intervenierenden Staaten – USA, Frankreich, Großbritannien, Belgien, Dänemark etc. – keine völkerrechtliche Rechtfertigung haben.
 - Die Beteiligung der Bundesregierung an den Boykottmaßnahmen gegen Syrien, Iran und Russland dient nicht der friedlichen Lösung der Konflikte. Diese Maßnahmen sollen die Regierungen zur Aufgabe ihres Widerstandes gegen die Forderungen des Westens zwingen. In der Realität schaden sie jedoch letztlich vor allem den Bevölkerungen und setzen sie unverhältnismäßigen Leiden aus.
 - Besonders krass ist der Widerspruch zwischen *peacebuilding* und der Verlängerung eines Kriegszustandes durch die bedingungslose Unterstützung der Besatzungs-, Siedlungs- und Boykottpolitik der israelischen Regierungen gegen die in der Westbank und im Gazastreifen lebende palästinensische Bevölkerung. Wenn die Bundesregierung auch gelegentlich ihre Kritik an der israelischen Politik äußert, so hat sie dieser Kritik bisher doch niemals Taten folgen lassen, die Israel zur Aufgabe seiner völkerrechtswidrigen Politik bewegen konnten. Im Gegenteil, die Bundesregierung vertritt auch in der UNO einseitig die Interessen Israels, ohne gleichzeitig auch für die Verwirklichung der berechtigten Forderungen der Palästinenserinnen und Palästinenser einzutreten. Damit trägt sie zur Verlängerung der völker- und menschenrechtswidrigen Besatzung und zum permanenten Kriegszustand bei.
- 3.** Umso größer sind angesichts dieser bisherigen negativen Friedensbilanz die Anforderungen an die deutsche Konfliktlösungskompetenz und umso höher auch die Erwartungen an diese sechste deutsche Präsenz im Sicherheitsrat, ihrem deklarierten Anspruch gerecht zu werden, sich «für vorausschauende und umfassende Konfliktbewältigung» einsetzen zu wollen. Was jedoch zuallererst voraussetzt, auf Einseitigkeiten im Herangehen sowie jegliche Doppelstandards zu verzichten

und – gemäß dem von ihr stets beschworenen Gleichheitsprinzip – auf tragfähige Interessenausgleiche abzielen.

Folglich wird die Bundesregierung in erster Linie daran zu messen sein,

- inwieweit sie mit eigenen Initiativen zur Stabilisierung der Sicherheitslage in der Nah- und Mittelostregion beizutragen versucht; vor allem inwieweit sie dabei hilft, die in dieser Region beständig eskalierende Gewalt zu beenden und dort eine stabile Ordnung zu implementieren, die auf dem Prinzip friedlicher Koexistenz und einer nachhaltigen Abrüstung basiert;
- wie entschlossen sie sich gemeinsam mit den anderen EU-Staaten zeigt, das Atomabkommen mit Iran gegen alle sich auftürmenden Widerstände zu verteidigen und dabei auch den Schulterschluss mit Russland und Iran zu suchen. Wobei es gleichermaßen darum geht, die mit dessen einseitiger Aufkündigung durch Trump einhergehende Gefahr einer weiteren Eskalation bis hin zu direkten kriegerischen Auseinandersetzungen mit Iran und einem von außen beförderten *regime change* in Teheran wirksam zu begegnen (um nicht nur den Nahen und Mittleren Osten vor einem gesamtregionalen Flächenbrand zu bewahren, sondern auch die Sicherheit in Europa nicht zu gefährden);
- ob sie willens und fähig ist, bei der Lösung des immer wieder zu Gewaltausbrüchen führenden Israel-Palästina-Konflikts unter Berücksichtigung der legitimen nationalen Interessen beider Seiten mitzuhelfen, was bedeutet: Israel dazu zu bewegen, endlich das Völkerrecht zu respektieren und die seit bereits mehr als einem halben Jahrhundert andauernde Okkupation palästinensischen Territoriums sowie die schon über einem Jahrzehnt aufrechterhaltene Blockade des Gazastreifens zu beenden;
- in welchem Maße es ihr gelingt, in ihrer angestrebten Brückenrolle zur Beförderung ei-

ner politischen Lösung des Syrien-Konflikts von der bisherigen einseitigen, auf einen Regierungswechsel in Damaskus ausgegerichteten und EU-gestützten Parteinahme Abstand zu nehmen und einen Ansatz jenseits des auch noch in der Abschlusserklärung des jüngsten G7-Gipfels enthaltenen Gut-Böse-Schemas zu offerieren (wobei das Letztere auch für den Umgang mit der Ukraine-Krise notwendig wäre);

- inwieweit sie es ernst meint mit der als eine der Säulen deutscher Außenpolitik klassifizierten Rüstungskontrolle und sich tatkräftig für das Exportverbot von Waffen und anderen militärischen Gütern in Spannungsbereichen (darunter die Nah- und Mittelostregion, einschließlich Israel) einsetzt – indem sie sich im Sicherheitsrat für Beschlüsse stark macht, die die Atomwaffenkontrolle verschärfen und die Einhaltung der Abrüstungsverpflichtung aus dem Nichtweiterverbreitungsvertrag in den Fokus rücken.

Es bestehen ernsthafte Zweifel an der Handlungswilligkeit der Bundesregierung, diesen von ihr selbst postulierten Zielstellungen tatsächlich gerecht zu werden. Nicht nur, dass ihre strategischen Denkmuster eher den Zeiten des Kalten Krieges entsprechen, als dass sie der sich multipolar entwickelnden Welt im 21. Jahrhundert Rechnung tragen. Auch hat sie sich bislang mehr durch eine abwartende Haltung denn durch Initiativen zur Beförderung von Konfliktlösungen hervorgetan, insbesondere für die Nah- und Mittelostregion. Gravierender ist jedoch, dass ihre Glaubwürdigkeit gerade durch ihre Politik im Syrien-Krieg stark gelitten hat. Ihr ständiges Bekenntnis zum Völkerrecht hat sie mit ihrer Zustimmung zu den beiden Raketenangriffen der USA, Großbritanniens und Frankreichs im April 2017 auf Al Sheirat und im April 2018 auf Duma, die sie als «nachvollziehbar, notwendig und erforderlich» bezeichnete,⁶ vollkommen entwertet. Denn beide Raketenangriffe waren offensichtlich und eindeutig völkerrechtswid-

rig, da die USA nicht angegriffen worden waren und kein Mandat des UN-Sicherheitsrats vorlag. Wer sich jedoch auf dem Kriegsschauplatz dem Bündnispartner mehr verpflichtet fühlt als dem Völkerrecht und Verstöße dagegen unterstützt, dessen Friedensbeteuerungen und Selbstdarstellung als «Verteidiger der regelbasierten Weltordnung» und «Stimme der Vernunft» können für die zukünftigen Aufgaben im UN-Sicherheitsrat nicht ernst genommen werden.

Trotz aller gegenwärtigen Belastungen des Verhältnisses zu den USA unter der Präsidentschaft von Trump bildet für die Bundesregierung die Dreipoligkeit von Transatlantismus, EU und NATO – die sogenannte westliche Wertegemeinschaft – die normative Grundlage für die Gestaltung der internationalen Beziehungen, genau genommen also das während der Ära der systemaren Bipolarität vorherrschende dichotomische Diktum des «wir» als westliche Welt und des «sie» als das vor allem von Russland repräsentierte autoritäre und mithin gegnerische System. Auf diesen Punkt gebracht hat das Siegmund Gabriel noch in letzter Stunde seiner Amtszeit als Außenminister, indem er die Systemkonkurrenz zwischen «entwickelten Demokratien und Autokratien» als das Wesen der heutigen internationalen Lage konstruierte und darin zudem noch eine russische Eskalationslogik alten Musters verortete.⁷

Ungeachtet aller Irritationen über das erratische Vorgehen des amtierenden US-Präsidenten Trump und der an ihm geübten deutlichen Kritik wird dennoch kein Zweifel daran gelassen, dass für die Bundesregierung die transatlantische westliche Achse weiterhin in der internationalen Politik dominieren soll. Als

«Neuvermessung» ist lediglich hinzugekommen, das Gewicht Europas spürbar zu erhöhen. «Wir wollen transatlantisch bleiben – und zugleich europäischer werden»,⁸ so Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen auf der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2018. Oder Außenminister Maas im Interview mit dem Du Mont-Medienhaus am 3. August 2018: «Wir wollen eine Zukunft für die transatlantische Partnerschaft [...] Wenn wir die Partnerschaft erhalten wollen, müssen wir sie neu justieren und wo nötig Gegengewichte aufbauen. Entscheidend ist, dass wir Europa geschlossen halten.» In dem von ihm kurze Zeit danach in einem Gastkommentar für das *Handelsblatt* präsentierten Konzept ist dementsprechend von einer «balancierten Partnerschaft» die Rede. In ihr solle Europa und mithin Deutschland mehr Verantwortung übernehmen, vor allem dort, «wo die USA rote Linien überschreiten, [indem] wir unser Gewicht einbringen, wo sich Amerika zurückzieht, und in der wir neu miteinander ins Gespräch kommen».⁹ Bei der gegenwärtigen Verfasstheit der Europäischen Union ist allerdings schwer vorstellbar, wie es gelingen soll, deren Regierungen zu einem abgestimmten außenpolitischen Handeln zu bewegen. Bekanntlich ist diese ja nicht nur in der Flüchtlingsfrage gespalten. Besorgt macht dennoch Maas' gleichzeitiges Plädoyer für eine Stärkung des europäischen Pfeilers der NATO, einschließlich höherer Verteidigungsausgaben. Beides steht der Abrüstung als eigentlich notwendiger weltpolitischer Agenda diametral entgegen.

Diese von der Bundesregierung verfolgte Dreipoligkeit als Grundstruktur ihrer internationalen Politik erweist sich per se als eines

Ohne eine Überwindung dieses «Wir versus sie» oder des Schwarz-weiß-Schemas wird die Bundesregierung schwerlich in der Lage sein, einen konstruktiven Beitrag zu einer stabilen Weltordnung im 21. Jahrhundert zu leisten.

der größten Hemmnisse, ihre selbst deklarierten Ziele im UN-Sicherheitsrat zu erreichen. Denn diese Verankerung wirkt sich in erster Linie destruktiv auf das Verhältnis zu Russland aus, welches gegenwärtig in höchstem Maße belastet ist, woran die Bundesregierung erheblichen Anteil hat. Indessen sind jedoch alle Konfliktlösungsanstrengungen wie auch die europäische Sicherheit ohne kooperative Beziehungen zu Russland undenkbar. Einseitige Schuldzuweisungen an die Adresse Russlands wegen seiner Krim-Politik zu richten heißt, die Ursachen und Hintergründe dafür bewusst auszuklammern und die legitimen russischen Interessen den eigenen unterzuordnen. Dass die NATO entgegen ihren eigentlichen Zusagen seit Auflösung des Ostblocks gegenüber Russland eine zielgerichtete Einkreisungspolitik verfolgt, beständig ihre militärische Infrastruktur und personellen Kontingente in Richtung der russischen Grenze verlagert sowie Elemente des US-Raketenabwehrsystems in unmittelbarer Nähe der Grenze zu Russland stationiert hat, soll von der russischen Seite ohne jegliche Gegenreaktion hingenommen werden, obwohl damit russische Sicherheitsinteressen in flagranter Weise verletzt werden. Weil Russland seine legitimen Interessen zu wahren sucht, wird es vom Westen zum Feindbild erklärt und gilt gemäß aktueller NATO-Doktrin als größte Bedrohung der transatlantischen Sicherheit. Es wird zum aggressiven Störfaktor in der internationalen Politik erklärt, womit Sanktionen gerechtfertigt werden, die Russland disziplinieren sollen. Die von den USA und anderen NATO-Mitgliedstaaten mit Mitteln der Gewalt verfolgten Regime-Change-Pläne, die in der Nah- und Mittelostregion zu nichts anderem als Chaos geführt haben, hingegen sind sakrosankt, selbst wenn daran Beteiligte später deren Völkerrechtswidrigkeit einräumen. Wenn westliche Verbündete das Völkerrecht verletzen – zudem noch legitimiert mit nicht bewiesenen Anschuldigungen –, so treibt die Bun-

desregierung mit deren Solidarisierung nicht nur die Erosion des Völkerrechts voran. Vielmehr lässt sie erkennen, dass für sie zweierlei Maß gilt. Während Russland und andere nicht zur transatlantischen Achse zählende Staaten mit Strafmaßnahmen in Gestalt von Sanktionen belegt werden, erscheinen Völkerrechtsbrüche des Westens lediglich als Kavaliertakte.

Ohne eine Überwindung dieses «Wir versus sie» oder des Schwarz-weiß-Schemas wird die Bundesregierung schwerlich in der Lage sein, einen konstruktiven Beitrag zu einer stabilen Weltordnung im 21. Jahrhundert zu leisten. Statt auf weitere Erhöhungen der Militärausgaben zur Stärkung der NATO und des neu formierten europäischen Verteidigungsmechanismus PESCO zu setzen, wäre die Schaffung eines Systems kollektiver Sicherheit unter Einbeziehung Russlands, einschließlich einer substanziellen und qualitativen Abrüstung, im Interesse von Frieden, Sicherheit und Stabilität in Europa anzustreben. Russlands Souveränität wie legitime Sicherheitsinteressen müssen akzeptiert und Aktivitäten zu seiner Schwächung unterlassen werden. Ein ehrlicher Dialog und eine vertrauensvolle Kooperation sind unerlässlich dafür. Die vom Triumvirat – damaliger Bundespräsident, damaliger Außenminister, damalige wie jetzige Verteidigungsministerin – auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2014 verkündete Bereitschaft, «mehr Verantwortung» zu übernehmen, sollte vor allem darauf gerichtet sein, den Irrsinn beständiger Aufrüstung zu beenden sowie endlich Schluss zu machen mit dem Export von Waffen und anderem Kriegsgerät in Krisengebiete.

4.

Mehr denn je wird sich die Bundesregierung fragen lassen müssen, auf welche Weise sie gedenkt, ihrer Absichtserklärung, während der zeitweiligen Mitgliedschaft Deutschlands im UN-Sicherheitsrat Konfliktlösungen über

politische Initiativen voranzutreiben, nachzukommen. Konkret von ihr genannt werden dabei Syrien, die Ukraine, Südsudan und Jemen. Der Palästina-Israel-Konflikt hingegen, der zu dauernder Gewalt und kriegerischen Auseinandersetzungen führt und dessen Eskalationslatenz eine beständige Bedrohung der Stabilität und Sicherheit weit über die Region des Nahen Ostens hinaus darstellt, bleibt hingegen ausgespart. Das ist offensichtlich kein Zufall, sondern erklärt sich hauptsächlich aus der einseitigen Parteinahme für Israel, basierend auf der von Kanzlerin Merkel verfügten Staatsräson. Daran scheint auch der Tatbestand nichts zu ändern, dass der israelische Premier gezielt darauf hinzuwirken versucht, die EU durch Formierung eines gemeinsamen Blocks mit baltischen und anderen osteuropäischen Staaten zu spalten, um eine einheitliche Nahostpolitik zur Befriedung des Konflikts auf Grundlage des Völkerrechts zu sabotieren. Solange die Bundesregierung jedoch bei ihrer einseitigen Parteinahme bleibt und sich unwillig zeigt, die legitimen nationalen Interessen beider Seiten zu berücksichtigen, ist es per se unrealistisch, dass sie eine aktive Rolle bei der Konfliktlösung einnimmt.

Von der Bundesregierung als Mitglied des UN-Sicherheitsrates muss erwartet werden, jede Chance zu nutzen, um dabei zu helfen, in der konfliktgeladenen und von Kriegen erschütterten Nah- und Mittelostregion aktiv einen Prozess in Gang zu bringen, mit dem die in dieser Region beständig eskalierende Gewalt beendet und eine stabile Ordnung implementiert werden kann, die auf der friedlichen Koexistenz und einer nachhaltigen Abrüstung basiert. Hier wäre die Möglichkeit, ihr Bekenntnis zum Völkerrecht in die Tat umzusetzen, indem sie Israel endlich zur Beachtung der einfachsten Prinzipien des Völkerrechts bewegt. Es bedarf immer dringlicher einer regionalen Sicherheitsarchitektur als Grundlage für eine Lösung der vielfältigen, jedoch in vielerlei Hinsicht miteinander verknüpften Kon-

flikte in dieser Region. Bereits Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hatte schon in seiner Eigenschaft als früherer Außenminister die Idee einer gesamtregionalen Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit nach dem Muster der früheren KSZE ins Spiel gebracht, die allerdings nicht weiter verfolgt worden ist. Leider wurde auch dem Versuch von französischer Seite, eine solche Konferenz auf den Weg zu bringen, nicht die notwendige Unterstützung gewährt. Deshalb wäre es vor allem wichtig, dass die Bundesregierung ihren Einfluss geltend macht, um die befreundete Regierung Israels endlich zur Aufgabe der Besatzung und zu ernsthaften politischen Verhandlungen zu bewegen.

Unterstützung verdient ebenso der vom iranischen Außenminister Mohammed Javad Zarif auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2018 erneut vorgebrachte Vorschlag zur Bildung von Dialogforen mit dem Ziel, eine stabile Sicherheitsstruktur in der Golfregion zu etablieren, der auch von UN-Generalsekretär António Guterres ausdrücklich goutiert worden ist. Daran ließe sich zugleich auch messen, wie entschlossen die Bundesregierung sich gemeinsam mit den anderen EU-Staaten zeigt, das Atomabkommen mit Iran zu verteidigen und dabei auch den Schulterchluss mit Russland und China zu suchen.

So soll es gemäß diesem Vorschlag vorrangig darum gehen, einen Prozess des arabisch-iranischen Dialogs, der gegenseitigen Verständigung und eines weitreichenden Engagements zu initiieren. Im Zuge eines solchen Dialogs und damit einhergehender vertrauensbildender Maßnahmen sollen dann gegenseitige Nichtangriffsabkommen vereinbart und die zwischenstaatlichen Beziehungen auf der Basis einer friedlichen Koexistenz gestaltet werden. Als deren Hauptbestandteile werden von iranischer Seite genannt: die Respektierung der legitimen Interessen aller Beteiligten, der Verzicht auf jegliche Hegemoniebestrebungen, ein Ende des Wettrüstens, die Akzep-

tanz von Unterschieden sowie die Errichtung von Sicherheitsnetzwerken zum gegenseitigen Vorteil.

Dies soll mit ausdrücklicher Bezugnahme auf den seinerzeit zwischen den beiden antagonistischen Gesellschaftssystemen ausgehandelten Helsinki-Prozess¹⁰ erfolgen, beginnend mit einer Prinzipienklärung und nachfolgenden thematischen Schwerpunktsetzungen. Grundsätze eines solchen vom iranischen Außenminister angeregten Prinzipienkatalogs sollen jene in der UN-Charta verankerten Standards sein: die Gleichheit der Staaten, die territoriale Integrität und Unverletzlichkeit ihrer Grenzen, die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten von Staaten sowie die Respektierung ihres Selbstbestimmungsrechts. Zu den vertrauensbildenden Maßnahmen sollen insbesondere gehören: die Herstellung von Transparenz bei der Bewaffnung, die Reduzierung der Militärausgaben sowie die Vereinbarung von regionalen Nichtangriffspakten. Hinzukommen sollen die Förderung des gegenseitigen Tourismus und die Bildung von Joint Ventures. Die sicherheitspolitische Neuordnung in der Golfregion im Rahmen eines «Regionalen Dialogforums» soll der gegenseitigen Verständigung dienen – sowohl auf Regierungsebene als auch unter Wissenschaftlern, Künstlern sowie in der Wirtschaft. Das Atomabkommen von 2015, dessen Aufkündigung vonseiten des US-Präsidenten im Mai 2018 auf die begeisterte Zustimmung der israelischen und saudi-arabischen Regierung stieß, hat auch aus iranischer Sicht gezeigt, dass Vereinbarungen möglich sind. Voraussetzungen dafür sind neben dem politischen Willen die Respektierung bestehender Differenzen, die Verständigung auf gemeinsamen Ziele sowie die Berücksichtigung von Interessen der Gegenseite.¹¹ Eine couragierte diplomatische Vermittlung seitens der Bundesregierung könnte also dem Nahen und Mittleren Osten den Weg weisen hin zu einem ernsthaften Verhandlungsprozess und Schritten in

Richtung Entspannung, dauerhafte Stabilität, Frieden und einer positiven Zukunftsperspektive für die dortige Bevölkerung.

Es sind in der Tat gewaltige Aufgaben, denen sich Deutschland gegenüber sieht und die der Bundesregierung die Abkehr von einer Reihe falscher außenpolitischer Entscheidungen und ein hohes Maß an Konfliktlösungskompetenz abverlangen, um für alle Staaten gleichermaßen verbindliche internationale Regeln durchzusetzen und deren Einhaltung zu garantieren.

1 Die bisherigen fünf nichtständigen Mitgliedschaften der Bundesrepublik verteilen sich wie folgt auf die betreffenden Zwei-Jahres-Zyklen: 1977/78, 1987/88, 1995/96, 2003/04 und 2011/12. **2** In ihrer Bewerbungsbroschüre zur Kandidatur für den neuerlichen nichtständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat unter der Überschrift «Deutschland, eine Stimme für Frieden, Gerechtigkeit, Innovation, Partnerschaft in den Vereinten Nationen» werden für den Zeitraum 2016 bis 2017 Beitragszahlungen in Höhe von 1,3 Milliarden US-Dollar für beide Budgets genannt. Überdies wird darauf verwiesen, dass im Jahr 2016 Deutschland «800 Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr und mehr als 30 deutsche Polizistinnen und Polizisten in multilateralen Missionen der Vereinten Nationen im Einsatz» gehabt habe. Zudem habe Deutschland im selben Jahr über 825 Millionen US-Dollar für humanitäre Hilfe zur Verfügung gestellt und werde bis 2018 weitere 2,6 Milliarden US-Dollar für syrische Flüchtlinge bereitstellen. **3** Siehe dazu Maas' Rede am 29. Juni 2018 im Bundestag unter der Überschrift «Deutschlands Mitgliedschaft im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen – für eine dauerhaft friedliche, stabile und gerechte Ordnung in der Welt». **4** Neben den beiden Veto-Mächten Großbritannien und Frankreich mit ständigem Sitz sind dies drei Staaten mit nichtständigem Sitz – die beiden für den Turnus 2019/20 neu gewählten Staaten Belgien und Deutschland sowie Polen, dessen Mitgliedschaft 2018 begonnen hat und 2019 ausläuft. **5** Maas, Heiko: «Wir dürfen uns nicht wegducken», Interview mit der Süddeutschen Zeitung vom 8.6.2018, unter: www.auswaertiges-amt.de/newsroom/maas-sueddeutsche-zeitung/2103846. **6** So die Bundeskanzlerin nach den Luftschlägen, während die Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages diesen Einsatz militärischer Gewalt zur Ahndung der angeblichen Verletzung der Konvention zum Verbot des Einsatzes von Chemiewaffen als Verstoß gegen das völkerrechtliche Gewaltverbot bewerteten. Vgl. Wissenschaftliche Dienste Deutscher Bundestag: Völkerrechtliche Bewertung der russischen, amerikanischen und israelischen Beteiligung am Syrienkonflikt, WD2-3003-029/18, Berlin 2018, S. 9. **7** Siehe dazu den kritischen Gastkommentar von Arne C. Seifert zur Rede von Siegmund Gabriel auf der Tagung der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2018 unter dem Titel: Statt Systemkonkurrenz friedliche Koexistenz wiederbeleben, in: WeltTrends, Nr. 139, Mai 2018. **8** Vgl. www.bmvg.de/resource/blob/221778/909a56e-9af7501819eba0563f9724109/20180216-download-eroeffnungsrede-deutsch-data.pdf. **9** Gastkommentar von Außenminister Heiko Maas im Handelsblatt vom 21. August 2018. **10** Im Helsinki-Prozess wurden im Juli 1973 Schritte zur Entspannung zwischen den West- und Ostblockstaaten unternommen. Aus der Konferenz, an der sich 35 Staaten beteiligten, ging die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) hervor, die seit 1995 als Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit (OSZE) fortbesteht. **11** Siehe dazu die Rede des iranischen Außenministers auf der 54. Tagung der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2018, unter: en.mfa.ir/index.aspx?fid-keyid=8&siteid=8&pageid=2029&newsview=501055.

VERZEICHNIS DER AUTORINNEN UND AUTOREN

Jan van Aken war von 2009 bis 2017 Mitglied des Deutschen Bundestags und zuletzt außenpolitischer Sprecher der Linksfraktion. Der promovierte Biologe arbeitete unter anderem als Campaigner für Greenpeace und als Bio-waffen-Inspektor bei den Vereinten Nationen in New York.

Karin Kulow ist Arabistin, Islamwissenschaftlerin und Historikerin. Sie war Professorin für Geschichte mit Schwerpunkt Naher Osten in Berlin.

Norman Paech ist emeritierter Professor für Politikwissenschaft und für Öffentliches Recht der Universität Hamburg. Er war lange in der

Friedensbewegung aktiv und von 2005 bis 2009 außenpolitischer Sprecher der LINKEN im Bundestag.

Wilfried Schreiber ist Oberst a. D. und war Professor an der Militärpolitischen Hochschule der Nationalen Volksarmee (NVA) der DDR in Berlin. Er arbeitete in der Dresdener Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik mit und gehört dem Gesprächskreis Frieden- und Sicherheitspolitik der Rosa-Luxemburg-Stiftung an.

Ingar Solty ist Referent für Friedens- und Sicherheitspolitik in der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Impressum

MATERIALIEN Nr. 26, 1. Auflage

wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Henning Heine

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISSN 2199-7713 · Redaktionsschluss: Dezember 2018

Titelbild: «Peace Dove» von Banksy (Foto: Pawel Ryszawa, CC BY-SA 4.0)

Layout/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Gedruckt auf: Circleoffset Premium White, 100 % Recycling

«Friedenspolitik kann nicht Rückbesinnung auf das Nationale heißen, nicht nur Absage an Waffenlieferungen und Bundeswehreinsätze. Sich nicht militärisch einzumischen ist nicht gleichbedeutend damit, Menschen in Not alleinzulassen. Unser zentraler Bezugsrahmen dabei ist die Gewaltfreiheit in den internationalen Beziehungen.»

JAN VAN AKEN